Preußens Machtentfaltung

und

der Friede.

Eine Denkschrift

für das deutsche Volk.

Leipzig,
Ad. Lehmann.
1859.

Preußens Machtentfaltung

und

der Friede.

Eine Denkschrift

für das deutsche Volk.

Leipzig,
Ad. Lehmann.
1859.

Einleitung.

Nicht Paris allein hat seinen „Moniteur“ und seine demoralisirte Presse; nicht bloß in den Tuilerien steht die „Sagesse politique“ über der Achtung vor dem Recht und vor feierlich garantirten Verträgen. Doch fehlt anderwärts das Genie des Vorbildes, wenn auch selten der Wille, ihm zu gleichen. Bekanntlich ist es weit leichter, vom geraden Pfade abzuirren, als durch eine Reihe genialer Schlangenwindungen den rechtswidrigen Thaten das Siegel der Gesetzmäßigkeit aufzudrücken. Und hierin liegt denn auch, bei allem Traurigen in den Ereignissen der Gegenwart, für den rein gebliebenen Theil der Menschheit noch ein großer Trost! Schon der erste blutgetränkte Riß in die Karte von 1815 provocirt und rechtfertigt den Ausruf: „Gott sei Dank, wir sehen das Ende der Wirren, wenn auch erst in blauer Ferne! Nicht jeder neutrale Großstaatsminister, der im Trüben fischen wollte, zog die ausgeworfene Angel mit einer Beute auf's Trockene zurück. Die „„Verblüfften““ wurden vom Schlauesten bereits übervortheilt, und auch für diesen bestimmt eine höhere Vorsehung das Ziel, sobald seine Stunde schlägt. Dann aber wird, um mit Hamlet zu sprechen, auch die aus den Fugen getretene Welt wieder versuchen, ehrlich zu werden!“

Dies ist in kurzen Worten der Charakter der Krisis, die mit dem zweiten December für den Continent begonnen, die so eben das revoltirte Italien am Rande bedenklicher Abgründe einem ungewissen Schicksal überantwortete, und die vielleicht auch die Gefilde anderer Staaten bald in blutige Schlachtfelder verwandeln wird. Nur ein Thor oder ein Betrüger möchte behaupten wollen, die Vorfälle auf der südlichen Halbinsel berührten uns nicht und deren Folgen könnten nie bis über die Alpen herüber fühlbar werden.

Will aber Deutschland sich gegen eventuelle Schläge der Zukunft sichern, so muß es vor Allem über die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nach ihren inneren Ursachen und Wirkungen zu voller Klarheit gelangen, denn in ihnen liegen bedeutungsvolle Winke für das, worin, gegenüber den uns umkreisenden Wirren, jetzt unsere eigene Aufgabe besteht. Mit um so größerem Bedauern erfüllt daher jeden echten Patrioten die Wahrnehmung, daß man die öffentliche Meinung systematisch gerade von einer Seite her irre leiten will, auf welche Millionen vertrauend hoffen und welche sich selbst als eine rein vaterländische ankündigt.

Dem entgegen zu treten und der Wahrheit Achtung zu verschaffen, ist der Zweck nachfolgender Blätter. Nicht hoffnungslos, aber ernst und gewitterschwer liegt die Zukunft vor uns. Zu den Gefahren von Außen gesellt sich eine tief greifende Meinungsverworrenheit im Innern, die von kurzsichtigem Parteigeiste angefacht und von den Feinden deutscher Einigkeit ermuntert wird. Unter der Heuchlermaske des Patriotismus wird Deutschlands bewährtester Freund täglich mit Koth beworfen; unter dem Vorwande, das Vaterland zu retten, tauchen chimärische

Projecte auf, deren Ausführung uns ruiniren und zu einer Beute des Auslandes machen müßte. An diesen bedauerlichen Zeitsymptomen tragen der Unverstand und die Feilheit eines Theiles der Tagespresse nicht die geringste Schuld; aber in den letztverflossenen Wochen traten auch noch andere gewichtigere Momente hinzu, um einen Riß ins Herz von Deutschland vorzubereiten, der die schlimmsten Ahnungen zu rechtfertigen scheint. Man hat, und zwar mit bewußter Absicht und zu egoistischen Zwecken, die reine Begeisterung vergiftet, welche noch vor zwei Monaten alle Länder deutscher Zunge zu gemeinsamem Streben vereinte. Aber wahrlich, nicht dem Egoismus wird es gelingen, seine Zwecke zu erreichen; nicht ihm ist es vorbehalten, statt der angestrebten Einigkeit uns eine chinesische Einerleiheit zu octroyiren. Nicht in dem Verschlingen der kleinern Staaten und nicht in dem Unterdrücken deutscher Stammeseigenthümlichkeiten nach dem Vorbild früherer Jahrhunderte sehnt sich das deutsche Vaterland, sondern nach jener Verständigung, die ihm eine starke Spitze nach Außen gewährt, ohne die mannigfachen Blüthen seines innern Volkslebens zu brechen und zu zerstören. Es wird dem Führer, der es durch „moralische Eroberungen" in Wahrheit zu gewinnen versteht, sich vertrauensvoll und unbedingt anschließen, schwerlich aber seine Sympathien je einer Politik der Rathlosigkeit zuwenden, die in einer Zeit der Thaten den rechten Moment zum Handeln unter dem selbstbetäubenden Klingklang doppelsinniger Redensarten verpaßt.

In dieser Hinsicht lieferte die Geschichte der letzten sechs Monate für Deutschlands Fürsten und Volksstämme einen reichen Vorrath gewichtiger Lehren. Diese Lehren gegen Verfälschung

wie gegen Vergessenheit zu schützen, ist Pflicht jedes Mannes, der es mit seinem Lande gut meint und den entweder ein glücklicher Zufall oder eine bevorzugte Stellung die innern Motive der handelnden Hauptpersonen erkennen und beurtheilen ließ. Der Verfasser nachfolgender Darstellung geht weder von voreingenommenen Parteistandpunkten aus, noch kämpft er für irgend welche Privat- oder Parteiziele. Daher glaubt er auch einer weitern Rechtfertigung für die Publication seiner Arbeit nicht zu bedürfen. Was in Rücksicht auf das Gemeinwohl geschieht, das rechtfertigt sich in und durch sich selbst.

Und so widmet er denn nachfolgende Blätter seinem lieben deutschen Vaterland mit dem Zuruf: Erkenne Dich selbst und die Bedeutung der über Dir schwebenden Doppelkrisis; dann wirst Du auch nicht mehr fragen müssen, was Du zu thun und wo Du Deine Rettung, Deine Stärke zu suchen hast!

I.

Die erste Hälfte des laufenden Jahres zeigte uns das Schauspiel eines kurzen, aber unerhört blutigen Kampfes, in welchem jeder politisch Urtheilsfähige nur das Vorspiel noch weit ernsterer Verwicklungen erkennt. Die Fragen, für die zu Ende April scheinbar das Schwert gezogen wurde, blieben ungelöst, ja sie wurden seither sogar noch verworrener. Ein alle Welt überraschender plötzlicher Abbruch des Krieges, noch ehe die eiserne Waffe entscheidende Resultate geliefert, öffnete endlich auch der zahllosen Legion jener Schwärmer die Augen, deren Rechtssinn in der fixen Idee, es handle sich um die Unabhängigkeit Italiens, untergegangen war.

Zwar hatten einsichtsvolle Politiker seit Januar d. J. tausendfach verkündet und bewiesen, daß das Schicksal der Italiener nur den Vorwand zum Angriffe auf Oesterreich liefere; daß die sogenannte italienische Frage im franco-sardischen Sinn nur eine Treibhauspflanze der Revolution ohne rechtliche Begründung sei; daß der Preis des Kampfes keine „localisirte" Bedeutung habe, und daß durch die „Politik der freien Hand", welche ihre Rathlosigkeit unter dem Invalidenmantel markloser Neutralitätserklärungen verbarg, die rasch zu beendende Krisis zu einem perpetuirlichen Unglück des ganzen Continents großgemästet werde: aber die Sprache der Klugheit, die Lehren

der Geschichte und die Warnungen des sittlichen Weltordnungsgesetzes prallten spurlos ab an den Schädeln des Egoismus, an der Blindheit der Parteileidenschaften und am Unverstande wenig begabter Cabinets-Politiker! Warum? Wir nehmen keinen Anstand, weiter unten diese Frage offen zu beantworten.

Als am 1. Jan. d. J. ein ominöser Neujahrsgruß alle friedliebenden Bürger des Erdtheils erschreckte und bald darauf eine allgemeine Stockung des industriellen Verkehrs und der merkantilen Erwerbsquellen gleich einem Alp auf dem Nacken der Völker lastete, da durchzuckte ein einstimmiger Schrei des Widerwillens die Welt. Dieser Widerwille fand sein Echo vom hohen Königspalast bis in die niedrigste Hütte. Mit Beifall vernahm die Menschheit von zwei Thronen herab die Versicherung, das Ziel ihrer Politik sei Heilighaltung der feierlich garantirten Verträge und Wahrung der Grundsäulen des europäischen Gleichgewichts. Selbst Lord Palmerston, der alte Feuerbrand, erklärte bei der englischen Adreßdebatte: „Ich gebe zu bedenken, daß keine Macht gerechter Weise jenen Vertrag (Oesterreichs Besitzstand in Italien betreffend) verletzen und ohne Grund oder Ursache Oesterreich jene Lande zu entreißen suchen könnte. Die Verträge muß man achten, sonst geht Alles in Europa durch einander und wer weiß, wohin ein solch rechtswidriger Grundsatz führen würde!" Und Lord Derby, damals Premier von England, drückte sich noch präciser in dem gewichtigen Satze aus: „Den ersten, der den allgemeinen Frieden bricht, den schlagen wir zu Boden." Dessenungeachtet flog das Schwert bald nachher aus der Scheide; die Gefilde Ober-Italiens wurden bei Montebello, Magenta und Solferino von Strömen edeln

Menschenblutes überfluthet. Preußen aber und England hatten nunmehr keinen Muth, ihrem klar gesprochenen Wort die entsprechende That nachfolgen zu lassen. Warum nicht? Wir werden weiter unten hierauf dem Leser offene Antwort ertheilen.

Das Kriegsglück war den Waffen Oesterreichs bei Eröffnung des Feldzuges nicht hold. Weniger durch das franco-sardische Heer geworfen, als vielmehr von der in dessen Solde stehenden socialen Revolution bedroht, mußte Kaiser Franz Joseph den Rückzug seiner tapfern Armeen in das strategische Vorwerk Deutschlands, nämlich in das lombardo-venetianische Festungsviereck, bald als ein Gebot kluger Vorsicht erkennen und in Ausführung bringen. Inzwischen erhob die provocirte Emeute ihr Haupt auf der ganzen Halbinsel; Kossuth und Klapka legten unter franco-sardischer Egide Werbedepots für ungarische Ueberläufer an, in welche die Gefangenen dieser Nationalität mit Gewaltmitteln förmlich hineingemaßregelt wurden; durch Gefälligkeit des bestochenen Danilo von Montenegro stand den Rebellen der Weg in die Donaustaaten und von da in die östlichen Gebietstheile Oesterreichs offen; der deutsche Handel auf der Adria war factisch unterbrochen und Deutschland durch die Brachlegung der deutschen Handels- und Bundesstadt Triest thatsächlich angegriffen. Je näher aber die Gefahr gegen die Grenzen unseres eigenen Vaterlandes vorrückte und je schwieriger die Lage des befreundeten österreichischen Kaiserstaates sich zu gestalten schien, desto undurchsichtiger wurde auch die preußische und die englische Politik, in desto neblichtere Ferne verkrochen sich die Angel- und Zielpunkte des Herrn v. Schleinitz und der Minister von St. James! Ja, die specifisch preußische Tagespresse triumphirte schon un-

verholen über den muthmaßlichen Fall Habsburgs. Blätter, wie z. B. die Berliner „National-Zeitung“ und die „Köln.-Zeitung“ gingen so weit, den deutschen Mittelstaaten mit preußischen Executionen zu drohen; und mehr als eine aus Preußen colportirte Flugschrift hatte bereits unverblümt eine verwaiste deutsche Kaiserkrone dem Hause Hohenzollern zu offeriren. Kaiser Franz Joseph, der laut seiner eigenen Proclamation und laut der öffentlichen Meinung als deutscher Bundesfürst für die Civilisation und für den Rechtsbestand Europa's gegen die unberechtigte Willkürgewalt und gegen die selbstsüchtigen Vertragszertrümmerungen eines dunkeln Eigenwillens in die Schranken getreten war, sah die Geranten der Verträge von 1815, deren Bundesgenossenschaft und Beihülfe nur die natürliche Consequenz einer gesunden Rücksicht auf die Wahrung ihrer eigenen Landesinteressen gewesen wäre, sich scheu und thatenlos von der gemeinsamen Sache abwenden. Habsburgs Heere standen, — ein in der gesammten Weltgeschichte unerhörtes und bisher wohl auch für unmöglich gehaltenes Ereigniß, — die Heere Habsburgs standen als Vertheidiger des europäischen Staatenrechts und des monarchischen Prinzips der im Bunde mit allen revolutionären Elementen Europa's einherschreitenden und durch dieselben sich verstärkenden franco-sardischen Usurpation allein gegenüber! Nicht Einer der Stimmberechtigten Potentaten gedachte der Rückschläge, welche in zweiter Reihe und als consequente Folge des Bruches völkerrechtlicher Verträge auch sein eigenes Haupt treffen könnte. Nicht ein Minister der „neutralen“ Großmächte begriff die ungeheure Wichtigkeit des entbrannten Kampfes und die Tragweite der Verantwortlichkeit, welche er, falls Oesterreich erliegen sollte, durch

seine marklose Unthätigkeit für spätere Eventualitäten seines eigenen Landes auf sich lud! Nur unsere mitteln und kleinen Bundesstaaten verläugneten ihr Gefühl für Rechtlichkeit und für Bundestreue nicht, aber die Wünsche des Volkes wurden von der preußischen Presse verhöhnt und die Thatkraft der Regierungen vom Regimente Schleinitz durchkreuzt. Warum? Wir müssen, so bitter die ungeschminkte Wahrheit klingen mag, auch auf diese Frage weiter unten offene Antwort ertheilen.

Hatte die Kunde von der Unvermeidbarkeit des italienischen Krieges am 29. April d. J. den Continent in eine fieberhafte Erregtheit versetzt, so konnte auch der erste Eindruck des am 8. Juli zwischen Oesterreich und Frankreich vereinbarten Waffenstillstandes nur der einer befremdlichen Ueberraschung sein, denn so erfreulich auch unter andern Umständen als leiser Vorbote des Friedens eine Waffenstillstandsnachricht geklungen hätte, mußte sie dennoch in diesem Falle gleich einem drückenden Vorwurf über versäumte Pflichterfüllung schwer auf dem Herzen jedes echt deutschen Patrioten lasten Noch aber war die Möglichkeit gegeben, den Folgen unverantwortlicher Versäumnisse zu begegnen; noch baute Kaiser Franz Joseph auf Preußens Bundestreue, sein außerordentlicher Gesandter, Fürst Windischgrätz, befand sich zur Darlegung des Sachverhaltes und zu einer letzten Anfrage am preußischen Hof, der Telegraphendraht spielte noch rüstig zwischen Berlin und Verona, aber er feierte auch zwischen Berlin, Paris, London und Petersburg nicht. Die Herren v. Schleinitz und v. Auerswald, auf welche Graf Pourtales, Herr v. Usedom und insbesondere Herr v. Bismark-Schönhausen während der ganzen sechsmonatlichen Krisis einen

unseligen Einfluß geübt haben sollen, waren jetzt von ihrer verkehrten „Politik der freien Hand" und von ihrem Aerger über das „Majorisiren" in Frankfurt um so weniger zu heilen und um so weniger für ein richtiges Verständniß der Situation zu gewinnen, als sie bestimmte Zusicherungen, welche Oesterreich von ihnen nie hatte erlangen können, den Gegnern Oesterreichs bereits gemacht hatten.

Die Gewißheit dieser Thatsache mußte im Lager von Verona zu einem entscheidenden Schritte drängen. Das große Ereigniß vom 11. und 12. Juli, — der Friede von Villafranca, — war, mag er auch noch so verhängnißvoll und noch so folgenschwer werden, jetzt durch die Gesetze der Klugheit geboten. Oesterreich hatte erfahren müssen, daß der Buonapartismus bei weitem nicht Europa's fürchterlichster Feind sei; und es verglich sich mit dem erträglicheren Gegner, um nicht zur Schadenfreude der schlimmern „Neutralen" sich zwecklos abzuschwächen. Nicht also vor dem Unstern seiner noch ungebeugt und kampfesmuthig ihn umgebenden Heeresmacht bebte Kaiser Franz Joseph zurück, sondern vor der charakterlosen Feigheit und der unseligen Verblendung, die im Rathe der europäischen Großmächte momentan die Oberhand behaupten. Gegen den mit der Revolution verbündeten franco-sardischen Rechtsbruch streitend, hatte er plötzlich die Entdeckung gemacht, daß England und Rußland der von zwei Thronen ausgehenden Emeute einen umfassenden Freibrief ausgestellt, und daß auch von der preußischen Mobilmachung für Wahrung der von Preußen selbst 1815 garantirten Verträge Nichts zu hoffen war. Hierin liegt der Schlüssel zum Verständniß der Zweikaiserunterredung am 11. Juli.

Wer kann Oesterreich tadeln, daß es seine eigene Stärke für weniger „ungünstige politische Verhältnisse" wahrte und seinen vorgeblichen Freunden die von diesen eifrig angestrebte Gelegenheit, eine wie es scheint ziemlich in Vergessenheit gerathene Geschichtslehre in Betreff der Mißlichkeit aller Vertragsbrüche für die monarchischen Principien und für das internationale Recht durch eigene Erfahrung neu zu lernen, nicht länger bestritt? Oesterreich ließ nur geschehen, was zu hindern nicht in seiner Macht lag; Oesterreichs vorgebliche Freunde aber beförderten, was zu bestreiten von ihrem eigenem Interesse ihnen geboten war.

Wir werden auf die Wendung von Villafranca noch tiefer eingehen. Vorläufig sei nur hervorgehoben, was als nächste Folge dem gesunden Menschenverstande auf den ersten Blick in die Augen springt.

Oesterreich opferte den größern Theil der Lombardei. Das ist eine Provinz an der äußersten Grenze des Reiches, eine undankbare, kostspielige und ruhelose Provinz. Ihr Verlust kann verschmerzt werden. Die Königin der Adria, das imponirende Festungsviereck und hiermit die gesicherte Großmachtsstellung gegen den Süden hin sind dem Kaiserstaate geblieben. Die Hoffnung seiner Feinde, daß er aus diesem Kriege geschwächt hervorgehen werde oder wohl gar seine Erhaltung von der Großmuth zweifelhafter Freunde erbitten müsse, blieb unerfüllt. Oesterreich steht nach dem Frieden so stark oder wohl noch stärker da, als beim Beginn des Krieges. Schwerlich werden die nächsten Kämpfe ihm gelten. Es kann sich also mit ungetheiltem Eifer seinen innern Reformen zuwenden; es ist durch die Zweideutigkeit seiner natürlichsten Bundesgenossen von allen Verpflichtungen

nach Außen erlöst und darf jetzt, um uns eines preußischen Lieblingsausdruckes zu bedienen, sich mit der „Politik der freien Hand“ befassen, ganz wie die Rücksicht auf seine eigenen Interessen und seinen Beruf sie ihm vorschreiben mag. Es kann seine künftigen Allianceu nach eigner Wahl bestimmen, kann von künftigen Kriegen sich ferne halten und den ihm „geeignet erscheinenden Moment“ abwarten, um dann Europa und den streitenden Parteien den „Frieden zu dictiren“. Wir zeichnen hiermit nur die Situation, wie sich dieselbe für den Kaiserstaat durch die außerösterreichischen Constellationen gestaltet hat. Ob und in welcher Richtung sich das Wiener Cabinet der ihm durch die Kurzsichtigkeit verkappter Gegner und unverläßlicher Freunde zugewürfelten Vortheile bedienen wird, wollen wir erst weiter rückwärts einer kurzen Erörterung unterbreiten.

Schwerer, als für Oesterreich die Lombardei, läßt sich verschmerzen, was Deutschland durch seine Theilnahmlosigkeit am italienischen Kriege eingebüßt. Zwar hat es bis jetzt noch keinen Fuß breit Landes geopfert; dagegen aber ging ihm verloren, was unendlich höher stand — die Eintracht, das Vertrauen des Nachbars zum Nachbar, die Zuversicht auf die eigene Stärke, das Ansehen eines geschlossenen Ganzen, die Achtung des Auslandes sind dahin!*) In sich zerklüftet, zerklüftet durch eine ohne Saaten ernten wollende Sonderpolitik, sieht es jetzt schon durch das entschwundene Gefühl einer gesicherten Zukunft in sich krankhafte Symptome und babylonische Pläne wühlen, über

---

*) Aehnlich äußerte sich schon die „Ostd. Post“ unmittelbar nach dem Eintreffen der Friedensnachricht.

welche der Franzmann schadenfroh lacht und der bedachte Vaterlandsfreund im Stillen trauern muß.

Und noch tiefer, als ins Herz des deutschen Staatenkörpers, schnitten zersetzend die Folgen der unseligen Neutralitäts-Politik in das monarchische Princip und in die Sicherheit des Territorialbestandes der Staaten überhaupt ein. Durch die Vermittelungsvorschläge, welchen Preußen, England und Rußland sich geneigt zeigten und durch welche die Karte von Italien radical revidirt werden sollte, war folgerichtig von den genannten drei Großmächten dem Kaiser Napoleon auch das Recht der Revision zugestanden! Basirt aber nicht die Unverletzbarkeit des Besitzstandes sämmtlicher Staaten Europa's auf den Garantieen eben derselben Verträge, auf welchen Italiens Fürsten ihre Länder gesichert glaubten? Wird der französische Kaiser, falls seine Politik ihn hierzu drängt, etwa gegen Preußen oder gegen England ein Recht noch achten wollen, zu dessen Zertrümmerung in Italien, Preußen und England selbst ihm die Machtvollkommenheit ertheilt? Somit sind die Verträge von 1815 nicht nur bezüglich Italiens zerrissen worden, sondern sie gelten auch für den Territorialstand der übrigen Staaten Europa's nur noch für so lange, als es dem derzeitigen „Befreier" der Lombardei zweckdienlich erscheinen mag, sie unangetastet zu lassen. Hieraus ergeben sich mit logischer Folgerichtigkeit die Consequenzen des italienischen Krieges und die zum Schrecken der Neutralitätspolitiker aus ihm hervorwachsenden Drachenzähne. England ist zur See der Nebenbuhler Frankreichs; nach dem Besitze der Rheingrenze waren die Franzosen von jeher lüstern;

und Preußen datirt seinen Rechtstitel auf die Rheinlande sammt Sachsen und Posen aus den Verträgen von 1815! Auf was will künftig England gegen eine Revision seines Colonialbesitzes, auf was künftig Preußen gegen eine Bestreitung seiner Rheinlande sich berufen? Etwa dennoch auf die Garantieen feierlicher Verträge? Kaiser Napoleon kann ihnen durch Vorhaltung ihrer eigenen „Vermittelungsvorschläge"*) den Beweis liefern, daß jene Verträge erloschen sind, daß sie wenigstens für ihn eine bindende Kraft nicht haben! Somit bleibt, wie soeben noch den Oesterreichern, auch ihnen nur das Recht der eisernen Faust, und zwar, ganz wie bei den Oesterreichern, vielleicht nur die eigene Faust ohne Bundesgenossen. Für England mindestens wüßten wir einen solchen derzeit nicht aufzufinden, Preußen aber würde seine schwer gekränkten Freunde doch wohl durch Rückkehr

*) Bei Preußen mehr noch durch Vorhaltung seiner Passivität und der Schleinitz'schen Depeschen, durch welche das Berliner Cabinet in der italienischen Frage das Anlehnen an die russischen und englischen Propositionen als Ideal seiner „freien Action" documentirte. Das Cabinet von St. James stimmte, wie alle Welt längst weiß, für die Ausscheidung Lombardo-Venetiens vom österreichischen Staatsverbande; Rußland bequemte sich, wie ebenfalls Jedermann längst bekannt ist, in dieser Frage dem Verlangen Napoleons. Welchen Sinn haben hiernach die von Herrn v. Schleinitz noch im Juni und Juli nach London und Petersburg gerichteten Anfragen und Accommadationspropositionen? Daß wir übrigens unter den „Vermittelungsvorschlägen" nicht die vom „Mainzer Journal" veröffentlichten sieben Punkte verstehen, braucht wohl kaum besonders gesagt zu werden. Schon die zugesicherte Theilnahme an den früher beantragten „Congreßverhandlungen" überantwortete dem Kaiser der Franzosen factisch die Suprematie in den internationalen Fragen Europa's, selbst wenn seither die Concessionen sich gar nicht vermehrt hätten. „Mit den Principien des Umsturzes und der Usurpation unterhandelt man nicht." Dieser Satz sollte, nach unserer Ansicht, doch wohl jedem Staatsmanne geläufig sein.

zu einer gesunden äußeren Politik (seine innere kann hier keinen Ausschlag geben) vorerst wieder versöhnen müssen. Schwerlich könnte für diesen Fall die Deutung des „preußischen Berufes", in welche die Diplomatie des Herrn v. Schleinitz sich verstrickt hat, auch zur Parole für das außerpreußische Deutschland werden. Die Alliancen aber, welche das jetzt isolirt dastehende Preußen durch das Ministerium Schleinitz etwa im Auslande für einen Rheinkrieg finden dürfte, würden sich ohne Zweifel weder für Preußens noch für Deutschlands Heil bewähren.

Und wer trägt an dieser wenig erfreulichen Situation die Hauptschuld? Wie sind die möglicher Weise sehr schlimmen Eventualitäten vom gemeinsamen Vaterlande fern zu halten? Auf diese zwei Fragen möge das Gewicht der schlagenden Thatsachen Rede stehn, mit deren Aufzählung wir diesen allgemeinen Ueberblick in den nachfolgenden Abschnitten ergänzen und belegen werden.

II.

Wer über die Träger der Hauptschuld an der augenblicklichen Situation ein klares Urtheil gewinnen will, der erinnere sich an die Beweggründe, aus welchen Kaiser Napoleon im Bunde mit den Usurpationsgelüsten Victor Emanuels und mit der italienischen Revolution gegen Oesterreich aufgetreten war. Daß jene Gründe mit der „Unabhängigkeit“ Italiens Nichts gemein hatten, ist jetzt wohl hinlänglich durch das Ereigniß von Villafranca erwiesen*). Wie der dermalige Wirrwarr auf der Halbinsel schlagend zeigt, entstand erst durch den so eben beendeten Krieg ein wahrscheinlich nur durch das Schwert zu lösender Knoten — Napoleon aber kehrt, ohne diese Lösung zu den Aufgaben seiner „Mission“ zu zählen, wieder nach Frankreich

*) Wem übrigens die „italienische Frage“, in so fern sie die innern Verhältnisse der Halbinsel und den Einfluß Oesterreichs auf dieselben betrifft, nicht geläufig sein sollte, der belehre sich aus den kürzlich erschienenen Schriften: „Oesterreich und die italienischen Verträge. Eine Rechtsbetrachtung von Dr. jur. Kleinschrod.“ (Frankfurt bei Sauerländer); „Oesterreichs Politik in Italien und die wahren Garantien seiner Macht und Einheit“ (Wien bei Trendler u. Comp.); „Oesterreich und Frankreich“ (Leipzig bei C. Geibel); „Durch Krieg zum Frieden! Von einem nicht Unbekannten“ (Leipzig bei A. Lehmann), u. A. — Ein specielles Eingehen auf die dermalige Lage Italiens liegt außer dem Bereiche dieser Blätter.

zurück, um seine ganze Aufmerksamkeit fortan denjenigen „Fragen" zu widmen, für welche der blutige „Spaziergang" durch die Lombardei das nöthige Vorspiel gewesen war! Also hatte ohne allen Zweifel die zu nationalisirende „Unabhängigkeit" Italiens nur die Leimruthe für alle Diejenigen vorstellen müssen, welche über liberalen Phrasen stets die Sache vergessen. Europa, insbesondere Deutschland, sind reich an Liebhabern der hohlen Phraseologie, und ein bekanntes Blatt*) mochte wohl den Nagel auf den Kopf getroffen haben, als es neulich behauptete: trotz alle Dem dürfe Napoleon doch sicher sein, „bei der nächstkommenden Gelegenheit wieder eben so viele Gimpel auf seiner Leimruthe zu finden."

Daß er durch den italienischen Krieg eine empfindliche Schwächung oder gar eine Niederwerfung Oesterreichs bezweckt habe, wird nach dem Frieden von Villafranca auch Niemand mehr im Ernste behaupten wollen. Die Vermuthung, er könnte die vom Protectorate Oesterreichs losgetrennte Halbinsel zu einer fränkischen Provinz oder vielleicht, unter der Oberhoheit eines Prinzen Napoleon, zu einem neufränkischen Königreiche machen muß vor dem Gewichte der jüngsten Ereignisse ebenfalls verstummen.

Also steht unwiderlegbar fest: Nicht für die italienische „Unabhängigkeit", nicht für eine der Krone Frankreichs einzuverleibende Eroberung, und auch nicht zur Besiegung Oesterreichs war Napoleon durch die Wasserstraße Marseille-Genua und über den Mont Cenis nach Sardo-Lombardien vorgedrungen. Ein der Welt offen ersichtlicher Preis des Kampfes

*) Die „Frankf. Postzeitung."

ist für Frankreich nicht vorhanden, wohl aber hat es als nächste Folge seines italienischen Krieges den Verlust von beiläufig 60,000 seiner tapfersten Soldaten und die Last einer neuen Staatsschuld von fast 10,000 Millionen Francs zu beklagen. Ist es wohl denkbar, daß ein Louis Napoleon für solch ein Schlußresultat das Schwert gezogen habe? Schon die bloße Vermuthung klingt zu absurd, als daß sie einer Widerlegung werth erachtet werden könnte; denn man verwahrt sich nicht mehr gegen leere Vermuthungen, wo die Wahrheit bereits durch Thatsachen constatirt vorliegt.

Der eigentliche, schon in der Fassung des Neujahrsgrußes für jeden politischen Denker angedeutete und nur den Neutralitätsschwärmern an der Spree und an der Themse unfaßlich gebliebene Preis des italienischen Feldzuges war nichts Höheres und nichts Geringeres, als eben der Friede von Villafranca — dieser Friede mit dem ganzen Schwarm von noch unausgebrüteten Embryo's, auf welche wir am Ende des vorigen Abschnittes hinwiesen! Das derselbe von ungewöhnlicher Tragweite sein werde, mögen unsere Optimisten vorläufig aus der Größe der ihm gezollten Opfer und aus dem ungeheuern Wagniß schließen, mit welchem er von Kaiser Napoleon angestrebt wurde. Der Verlust einer tapfern Armee und einer Milliarde Francs wiegen leicht gegen die Gefahr, welcher der Napoleonide sich preis gegeben sah, sobald es ihm nicht gelang, die Cabinete von Berlin und London bis zum 11. Juli über die Zielpunkte seiner Politik irre zu führen und durch die hieraus gestalteten „ungünstigen politischen Verhältnisse" das strategisch unbesiegte Oesterreich zum Friedensabschlusse zu bestimmen. Er setzte, nach dem Grundsatze jenes unbezwinglichen Römers, der aber

später dennoch im Capitol fiel, für Alles Alles aufs Spiel. Aut Caesar aut nihil! Und als Cäsar zog er von Villafranca ab, wenn auch nicht als Cäsar über seinen dortigen Gegner — nicht über Kaiser Franz Joseph!

Für Staatsmänner und für Politiker von Fach haben wir uns hiermit verständlich genug ausgedrückt; für das größere Publicum aber dürften wohl noch einige detaillirte Aufschlüsse nöthig erscheinen. Der Verwirklichung des Endzieles der Napoleonischen Dynastie stand vor dem italienischen Kriege noch der Begriff im Wege, den das Ausland und namentlich auch das französische Volk sich vom deutschen Ländercomplex zu bilden angefangen hatte. Dort war nämlich die Anschauung verbreitet, Deutschland habe endlich seinen „europäischen Beruf" erkannt und fühle sich als geschlossenen Körper, stark genug, um fortan nicht mehr am diplomatischen Hängeseil egoistischer Nachbarn gegängelt werden zu können. Nicht zu läugnen ist, daß diese günstige Meinung der Franzosen von unserer Selbsterkenntniß keine ganz leere Voraussetzung zu sein schien: als eine Consequenz der „Allgemeinen Bestimmungen" der Bundes-Acte (§§. 1—11) und des Paragraph 5 der Wiener Schlußacte hätte sie, von der Begeisterung des deutschen Volkes getragen, sogar zur vollen Wahrheit werden können, erstickte die nationale Kraftenthaltung unsers Staatskörpers nicht abermal an seinem alten Leibschaden. Letztern aller Welt offen zu zeigen, war Napoleons Streben. Seine Absicht konnte nur durch eine Kriegsfrage erreicht werden, aber der Erfolg hing hauptsächlich von der richtigen Wahl des streitigen Objectes ab. Leider scheint der französische Kaiser unsere Geschichte und unsere Schwächen besser als viele unserer „hochgelahrten" Landsleute

im Gedächtniß zu haben; er übersah bei seinen Quellenstudien die Thatsache nicht, daß die deutschen Staaten noch in keinem Kriege gegen äußere Feinde von Oesterreich schutzlos gelassen worden waren; nur zu gut wußte er, daß Oesterreich bei einem etwaigen Uebergriff in die Rechte der kleinern Bundeslande nicht nur mit seinem vertragsmäßigen Contingent, sondern mit seiner gesammten Heeresmacht gegen ihn vorgehen und daß er folglich durch eine verfrühte Rheinfrage nur bestärken würde, was zu schwächen in seiner Absicht lag — nämlich die deutsche Einigkeit. Auch von einem etwaigen verfrühten Angriffe auf die „protestantisch deutsche" Großmacht Preußen war ein anderes Resultat nicht ersichtlich. Schon der erste Napoleon hatte, nachdem er die mit Rußland verbündeten Preußen bei Lützen und Bautzen aufs Haupt geschlagen, die Erfahrung machen müssen, daß das „katholische" Oesterreich in Zeiten der Gefahren und des Unglücks den Preußen rasch Hülfe bringt, ohne zu fragen, ob die Hohenzollern Katholiken seien. Für den umgekehrten Fall aber fand der französische Kaiser in unserer Landesgeschichte das Beispiel nicht: er stieß auf die Jahrzahl 1805, auf die Demarkationslinie und auf die „weise Mäßigung" der Haugwitz und der Luchesini, die mit optimistischer Gemüthlichkeit einst Freudenfeste feierten, während Oesterreichs Heere auf den Schlachtfeldern sich allein verbluteten. Das waren die Tage für Deutschlands Entmannung; das Jahr 1806 — der Gipfelpunkt von Frankreichs „Gloire" und der Beginn von Deutschlands Erniedrigung — folgte ihm auf dem Fuße nach! Die Resultate jener Periode waren für Frankreich so ergiebig gewesen, daß die Lust zur Wiederholung um so mehr erwachen mußte, als den Tuilerien auch die Gelüste einer „mächtigen

Partei" in Preußen, durch welche die Wahrscheinlichkeit des Gelingens nur steigen konnte, ganz wohl bekannt waren — Gelüste, für welche gerade bei einem Streit mit Oesterreich sich durch Vorsteckung einiger wohlfeilen Blendlaternen auch der zahlreiche Troß solcher deutschen Politiker anwerben ließ, die bei all' ihrer sonstigen Aufklärung nie unterlassen können, in Fragen der Politik die sprichwörtlich gewordenen deutschen „Michel" zu bleiben. Daß dem französischen Cabinet dieser Meisterstreich mißglückt sei, wird Niemand behaupten wollen. Der Dualismus nagt am staatlichen Leben Deutschlands gegenwärtig empfindlicher als je. Ihn in eine klaffende Wunde zu verwandeln, war für den Kaiser von Frankreich eines der Hauptmotive zur sogenannten italienischen Kriegsfrage gewesen.

Sein zweites Hauptmotiv lag in den Allianzverhältnissen der europäischen Großstaaten. Vor der franco-sardischen Usurpation besaß Frankreich nur einen einzigen Verbündeten — Rußland. Die Voraussetzung, daß für den Fall neuer Verwicklungen dem französisch-russischen Bündniß eine anglodeutsche Coalition gegenüber treten würde, fand ihre volle Berechtigung in den gemeinsamen Interessen, welche, nach der bisherigen Annahme, Oesterreich, Preußen, die deutschen Bundesstaaten, England und die übrigen Völkerschaften germanischer Abkunft zu natürlichen Bundesgenossen machen sollten. So lange die Möglichkeit dieser Coalition noch wie ein Damoklesschwert über dem Buonapartismus schwebte, war Frankreichs Uebergewicht in Europa, trotz seiner durch den orientalischen Krieg errungenen Erfolge, noch ein illusorisches und unsicheres; Napoleon sah sich

in all' seinen schönen Plänen beengt; eine freie Action zur Verwirklichung seiner eigentlichen Ideen blieb mehr als gefährlich, wenn nicht vorher durch ein unscheinbares Einleitungsspiel der Keim der anglodeutschen Coalition ertödtet war. Zum Unglück für Europa reichte derselbe Vorwand, welcher bei Schöpfung der „italienischen Frage" zur Täuschung Preußens genügte, auch zur Täuschung Englands aus; und der Unterstützung des befreundeten russischen Cabinets konnten die Tuilerien ohnehin für alle Fälle sicher sein. Von diesem Gesichtspunkte betrachtet, erscheint der Krieg gegen Oesterreich als ein zwar höchst eigenthümliches, aber dennoch für Frankreich sehr zeitgemäßes Compliment, welches der schlaue Napoleonide dem Scharfblicke der kaiserlichen Politik Habsburgs zu zollen sich bemüßigt sah. Er bekämpfte den Gegner, welchen überlisten zu können er nicht hoffen durfte; und er liebäugelte gleichzeitig mit den Charakterschwachen, die an der Nase herumzuführen er im Voraus gewiß war. Schon zwischen den Schmähzeilen der offiziellen und offiziösen franco-sardischen Presse auf Oesterreich sahen wir den großen Respect durchleuchten, den Frankreich vor der Klugheit der Habsburg'schen Diplomatie hatte, während wir in den gleichzeitigen der Haltung des preußischen und des englischen Cabinets gezollten Anerkennungen derselben Presse in Wahrheit nur ein den betreffenden Staatsmännern ausgestelltes Attest geistiger Mittelmäßigkeit zu erkennen vermocht; und als die eiserne Waffe scheinbar für die italienische „Nationalität" in der Lombardei blutige Schlachten schlug, wurde denn auch der wirkliche Preis des Kampfes auf einem ganz andern Terrain errungen — die französische Diplomatie, von einer düpirten und wohl theilweise auch bestochenen Publicistik mit

echtem Donquixotte-Eifer*) secundirt, lieferte nämlich der äußern Staatsweisheit an der Spree und an der Themse den beabsichtigten Gnadenstoß! Daß ihr Sieg ein vollständiger war, weiß jetzt die Welt. Zwar stehen die deutschen Bundesstaaten nicht unter dem Verzeichniß der durch den Frieden von Villafranca für die Beseitigung künftiger französischer Verlegenheiten zum Kriege spruchreif gewordenen Länder. Auch die unmajorisirte „Politik der freien Hand" in Norddeutschland kommt mit der einfachen Lehre davon, daß wie in frühern, so auch im neunzehnten Jahrhundert immer noch „Vermitteln das Ziel der Impotenz" ist und daß nominelle Großstaaten entweder ihren Bundespflichten genügen, oder an der Carosse der „hohen Diplomatie" sich mit der Rolle eines „fünften Rades am Wagen" bescheiden müssen.**) Dagegen gehört die In-

---

*) Gerade preußische und englische Blätter und Flugschriften hatten in ihrer Verblendung dem Gelingen des französischen Planes, für Kaiser Napoleon eine Uebergangsbrücke zur Aussöhnung mit Oesterreich zu bauen, am fanatisirtesten vorgearbeitet. Sie wähnten für ihr „goldenes Kalb" zu streiten, indeß sie nur die „freie Action" ihrer eigenen Regierungen auf die künstlich angelegte Fallthüre lockten. Daß die französische und russische Presse sie in diesem Wahn eifrig bestärkte, lag selbstverständlich im gut ausgehegten Calcul der Gegner Preußens und Englands, resp. im Plane Napoleons.

**) Daß es nicht anders ist, folgern wir keineswegs aus irgend welchen offiziellen oder offiziösen Angaben. Es sind uns, wie wir hier ausdrücklich bemerken, weder authentische Actenstücke noch andere Winke bekannt geworden, die sich auf irgend eine Macht außer den am Frieden von Villafranca direct betheiligten Staaten bezögen; vielmehr sind wir fest überzeugt, daß in Villafranca nur über italienische Zustände gesprochen und verhandelt wurde. Was wir oben behaupten, folgt, unserer Meinung nach, aus der Situation. Es ist uns undenkbar, daß eine Politik, die

sinuation, die Uebereinkunft von Villafranca enthalte auch eine für Deutschland gefährliche Clausel, unter die Zahl der tendenziösen Erfindungen jener Ritter von der traurigen Gestalt, welche von jeher durch Anstiftung deutschen Haders finstre Pläne aushegen wollten. Den Kaiser Franz Joseph eines zum Nachtheile Deutschlands mit Frankreich eingegangenen Bündnisses verdächtigen, heißt sich einer Büberei schuldig machen, aus der man entnehmen kann, wozu eine gewisse Partei außerhalb Oesterreichs fähig wäre, besäße sie die Macht zur Vollführung ihrer Tendenzen. Die Menschen pflegen in der Regel Andern nur solche Geheimwege anzudichten, die sie bei lächelnder Gelegenheit gerne selbst durchwandern möchten! Der bundesbefreundete Kaiserstaat, dessen Geschichte in den Beziehungen zu Deutschlands äußerer Politik makellos dasteht, erkennt und würdigt sehr wohl die Gründe, aus welchen die mittlern und kleinen Bundesstaaten diesmal auf dem Felde der Ehre nicht an seiner Seite kämpfen durften: er wird nicht das preußische Volk büßen lassen, was, mehr zu Preußens als zu Oesterreichs Demüthigung, von einigen preußischen Diplomaten verschuldet wurde. Für die unblutige Niederlage der letztern mag das preußische Land sich bei Herrn von Schleinitz und bei dessen

---

in Stunden der Gefahr ihren kleinern Bundesgenossen wenig verblümt mit Rechtsschmählerungen droht, die gegenüber ihren größern Neutral-Verbündeten kein fest begränztes Programm aufstellt und sich dennoch ihnen anschmiegen will, die den angegriffenen Freund tadelt, die gegen den angreifenden Gegner keine „Action" findet und dennoch ohne ausgesprochenes Ziel rüstet, die endlich beim Friedensschlusse gar nicht zum Mitsprechen kommt — daß eine solche Politik nicht ihren Einfluß nach allen Richtungen hin bloßgestellt habe!

Rathgebern in London und Petersburg bedanken. Oesterreich, wenn auch verlassen von seinem „natürlichsten Bundesgenossen", blieb dennoch auch in Villafranca sich selbst treu. Es wich nur den „ungünstigen politischen Verhältnissen", aber es vergaß nicht, daß Oesterreichs Kaiser auch Deutschlands erster und mächtigster Bundesfürst ist. Mit voller Ueberzeugung und auf authentische Beweise fußend, können wir die feste Versicherung aussprechen, daß ein Angriff, gleichviel von wem und gegen welches deutsche Bundesland er versucht werden sollte, sofort von der gesammten Heeresmacht Oesterreichs zurückgewiesen würde. Freilich dürfte, nach den jetzt gemachten Erfahrungen, das Wiener Cabinet es kaum mehr unter die Pflichten einer nationalen Staatspolitik zählen, bei einem etwaigen Kriege Frankreichs gegen England z. B. für die Erhaltung der überseeischen Colonien der englischen Krone bewaffnet zu interveniren. Ebenso dürfte, wenn in einem solchen Falle z. B. das Berliner Cabinet sich für die von Lord Palmerston empfangenen Rathschläge bedanken und den „richtigen Zeitpunkt zur Action" für gekommen erachten wollte, Oesterreich schwerlich einen Kriegsfall finden; vielmehr dürfte es höchst wahrscheinlich sich veranlaßt sehen, Deutschland aufs kräftigste gegen das Unglück in Schutz zu nehmen, wegen einer ihm „ganz fremden" und zudem „unhaltbar gewordenen Sache" zu einem Bundeskriege mit Frankreich gezwungen zu werden. So sind denn, durch das italienische Vorspiel, Preußen und England isolirt, und zwar bis zu einem Grade, der ihnen nicht einmal mehr ein inniges Bündniß unter sich selbst ermöglicht. Die anglogermanische Coalition, nach deren Ersterben der französische

Kaiser auch den anrüchigen „Schmerzensruf“ wieder zum verrosteten Zeug seiner Rumpelkammer einschloß, ertrank, ganz so wie er es voraus berechnet hatte, in den Blutströmen von Magenta und Solferino; und eben so wanderten, nach dem Calcul desselben Rechenmeisters, die Politik der „freien Hand“ und die „großmachtswürdige Action“, die im geeigneten Gebrauchsmomente hinter dem Schlosse eines Berliner und eines Londoner Magazins sanft geschlummert hatten, aus ihren unfreiwilligen Asylen plötzlich in die Wiener Hofburg und in die Pariser Tuilerien!

Mit diesen Andeutungen glauben wir zugleich ein Material für die Führung des Beweises geliefert zu haben, daß, wenn in Folge des Ereignisses von Villafranca für Deutschland dennoch unvorhergesehene Nachtheile erwachsen könnten, die Schuld hiervon mindestens nicht Oesterreich beizumessen wäre. Auffälliger Weise tauchen eben jetzt, und zwar vorgeblich als Consequenzen jenes Friedenschlusses, Bundesreform-Vorschläge auf, die hinsichtlich ihrer Hauptzielpunkte in grellstem Widerspruche mit den Lehren und Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit stehen. Gegenvorschläge dürften um so weniger ausbleiben können, als die Zweckmäßigkeit einer organischen Weiterentwickelung der Bundesacte wohl von Niemanden verkannt wird. Wir stehen also vielleicht am Vorabend ernster Debatten über eine beabsichtigte Bundesreform, und dann dürfte das Wohlbefinden Deutschlands zunächst von der richtigen Entscheidung der Frage abhängen, welcher von den zwei wahrscheinlich einlaufenden Haupt-Reformvorschlägen den Anforderungen einer weisen Staatspolitik und den Rücksichten auf die eigenthümlichen Stammesverhältnisse ent-

sprechender erachtet wird! An solch schmalem Faden hängt, wie uns dünkt, dermalen Deutschlands künftiges Schicksal; und dieser Umstand dürfte es wohl rechtfertigen, wenn wir uns am Schluß dieser Blätter über das wichtige Thema noch deutlicher aussprechen.

III.

Aus einem gewissen Lager könnte unsrer bisherigen Darstellung vielleicht der Vorwurf entgegen geschleudert werden, daß wir die „Neutralität" Englands und den „Vermittelungsstandpunkt" Preußens einer zu harten Beurtheilung unterwärfen. Ein Wechsel des territorialen Besitzes gehöre zur Lebensluft der Italiener; durch die vielen Uebelstände auf der Halbinsel sei es gerade protestantischen Mächten unmöglich geworden, den richtigen Weg zu irgend einer entschiedenen Action zu finden. Auch habe die plötzliche Schwenkung von Niemanden vorhergesehen werden können, und es sei ungerecht, nachträglich Herrn von Schleinitz und Lord Russel dafür verantwortlich zu erklären, daß sie die Pläne des französischen Kaisers, welcher von jeher alle Welt durch plötzliche Ueberraschungen in Athem gehalten, nicht durchschaut und ihnen nicht zuvorgekommen!

Dieser Einwand wurde jedoch in der Presse schon zu oft und zu gründlich widerlegt, als daß wir jetzt, nachdem durch den Verlauf des italienischen Krieges bedenkliche und kaum ohne Gewalt zu regelnde Umwälzungen erst entstanden sind, tausendfach Ausgesprochenes nochmal wiederholen sollten. Was in den italienischen Zuständen als unhaltbar erschien, lag nicht in den 1815 errichteten Grenzmarken und war nicht durch das Schwert

zu beseitigen. Am allerwenigsten aber durfte den Franzosen der Beruf zugestanden werden, durch eine militärische Invasion den Umsturz der bestehenden Throne zu provociren. Die Frage lautete, wie wir schon früher angedeutet, ganz einfach: Hatte Napoleon das Recht, für Italien, welches weder durch stamm-verwandtschaftliche Bande noch durch völkerrechtliche Verträge in irgend welcher Abhängigkeit von Frankreich steht, die Bahnen künftiger Gestaltungen vorzuschreiben und sie mit Waffengewalt einzuführen, oder hatte er dieses Recht nicht? Wer hierauf mit „Ja" antworten kann, der muß, will er logisch urtheilen, ihm auch die Befugniß zugestehn, zu jeder beliebigen Zeit und in jedes beliebige Land auf den Ruf irgend einer Partei mit seinen Zuaven und Turcos einzufallen, die bestehende Ordnung zu ächten und über Volk und Staat nach Gutdünken zu verfügen. Daß, mit Ausnahme der verschmitzt mißtrauischen Mazzinisten, alle unzufriedenen Elemente Europa's dem modernen Zuge der Gallier über die Alpen zujauchzten, ist bekannt. Der Jubel fand seine Berechtigung in dem Riß, welchen durch die Duldung jenes Zuges das monarchische Prinzip erhielt und wobei es ziemlich gleichgültig sein konnte, ob der Riß als Concession an die gewaltige Willenskraft eines einzelnen Autokraten oder als Concession an die ruhelose Zerfahrenheit einer weitverzweigten Association geduldet wurde. Was man der Willkürgewalt eines Einzelwillens heut gestattete, das wird auch der associirte Mehrwille unzufriedener Parteien morgen für erlaubt halten; und sohin war die Passivität gegenüber der franco-sardischen Usurpation eine Stärkung des französischen Uebergewichtes über die Potentaten Europa's, und zwar eine Stärkung auf die Gefahr

hin, daß diese neufranzösische Errungenschaft vielleicht später unter den Splittern des Napoleonischen Thrones eine Beute der Revolution werde. Wie irgend ein Ministerium, welchem die Wahrung der Machtbefugnisse des eigenen Landesherrn und der Schutz des ihm anvertrauten Volkes gegen räuberische Invasionen am Herzen liegen, auch nur einen Augenblick über seine Stellung zur italienischen „Frage" schwanken konnte, ist dem gesunden Menschenverstande schwer begreiflich. Die Geschichte, dessen sind wir gewiß, wird über solch ein Schwanken einst ein sehr, sehr hartes Urtheil zu fällen haben. Es waren, wie wir meinen, hier eben so wenig specifisch protestantische Bedenken in Erwägung zu ziehen, als specifisch katholische Interessen zu verfechten — der Kernpunkt der Frage lag in einem beiden Confessionen gemeinsamen und beiden gleich zuträglichen Prinzip: in Wahrung des Rechtsstandpunktes gegen den Willkürstandpunkt. Um vor Schaden gesichert zu bleiben, wurde weder eine besonders geniale Staatsweisheit, noch auch nur ein scharfsinniges Voraussehen der beabsichtigten Napoleonischen Ueberraschung*) erfordert. Es genügte hierzu vollkommen das Ver-

*) Uebrigens war von mehr als einer Zeitung und von mehr als einer Flugschrift die „Ueberraschung", längst ehe sie eintrat, in nahe Aussicht gestellt worden. Auch das Berliner Cabinet konnte hierüber nicht im Zweifel geblieben sein, da es durch die russische Gesandtschaft schon am 19. Juni die bestimmte Nachricht erhalten hatte: „Napoleon werde, wenn er am Mincio eine siegreiche Schlacht schlägt, sich mit einem mehr scheinbaren Erfolg, — etwa mit der Eroberung von Peschiera — begnügen und mit Oesterreich dann unter der Bedingung Frieden schließen, daß es die Lombardei an Sardinien abtritt." Wie konnte man dennoch in Berlin wähnen, daß man durch längere Unentschiedenheit Oesterreich nicht in Nachtheil bringe? Wie konnte dennoch Herr v. Schleinitz über-

ständniß des einfachen Satzes, ob in Europa völkerrechtliche Verträge noch Rechtsgültigkeit haben oder ob sie straflos gebrochen werden dürfen! Mit andern Worten: ob man die seit fast einem halben Jahrhundert erprobten Grundlagen, auf welchen die Civilisation Europa's ihre friedlichen Triumphe feierte, dem Erdtheile erhalten oder ob man die europäische Staatenfamilie wieder den Eventualitäten jener Logik des Eisens preisgeben wolle, mit deren barbarischen Romantik das Raubritterthum ehedem Jahrhunderte lang ein Henker der Nationen bleiben durfte!

Die Presse, vorzüglich die offiziöse französische Presse und die von dort inspirirten Söldlinge in der deutschen Publizistik, sprachen schon oft von der „höhern Mission" der Napoleoniden. Auch wir erkennen dem derzeitigen Kaiser von Frankreich eine welthistorische Mission zu, wenn auch nicht im Sinne seiner offiziösen und inspirirten Panegyriker. Schlauheit statt Aufrichtigkeit, Rücksicht auf persönlichen Gewinn statt Achtung des Eigenthums Anderer, absichtliche Täuschung statt Eifer für die Wahrheit — das sind die Eigenschaften, mit welchen ein großer Theil unserer Zeitgenossen Jagd auf des Lebens werthvollen

---

sehen, daß das Verharren auf dem voreingenommenen und noch in der Depesche vom 11. Juli documentirten Standpunkt nothwendig zu dem Separat-Friedensabschlusse drängen müsse, durch welchen zwar Deutschland gegen eine französische Invasion verwahrt, schwerlich aber die Großmachtsstellung Preußens erweitert wurde? Und welche Früchte wären aus der preußischen Mobilmachung wohl für die deutschen Bundesstaaten erwachsen, wenn auch Oesterreich in der bereits vielgeschmähten Action von Villafranka das deutsche Vaterland vergessen hätte, während allerdings Preußen in Frankfurt zunächst nur an sich selbst zu denken schien? Der freundliche Leser findet die Antwort auf diese zwei Fragen weiter rückwärts im Text!

Güter macht. Dem Kaiser Napoleon aber gebührt unläugbar der Ruhm, unter den „Klugen" der Klügste zu sein und durch eine wohlberechnete Nutznießung der Maximen des Zeitalters sich zu dessen einflußreichstem Leiter und Beherrscher emporgeschwungen zu haben. Wer möchte den Beweis liefern können, daß nicht seine Mission vielleicht darin bestehe, diese Maximen auf die Spitze zu stellen und mit der ihm vielfach nachgeahmten „sagesse politique" sich und seine Schüler in eine Krisis zu verwickeln, deren Resultat wenigstens unsern Kindern und Enkeln den Sinn eines altdeutschen Sprichwortes wieder verständlich machen wird — des Sprüchwortes: „Ehrlich währt am längsten"?

Daß der Palmerston-Russel'schen Diplomatik der Sinn dieser vier Worte abhanden gekommen war, muß England vielleicht mit dem dauernden Verluste desjenigen Freundes büßen, der sonst wohl ein sicherer Schutz gegen eine heutzutage so leicht gewordene Landung feindlicher Armeen an Englands Küsten geblieben wäre. Daß von der Schleinitz-Usedom-Bismark'schen Politik die vier Worte nicht schon bei Eröffnung des italienischen Feldzuges offen auf's preußische Banner geschrieben und zur entschiedenen Action vorgegangen wurde, entwand dem Königreiche Preußen die vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit, den Lieblingswunsch einer „mächtigen Partei" zu verwirklichen, „Deutschland unter Preußens Macht zu vereinen". Es ist uns nicht unbekannt, daß alle diejenigen, welche den „Untergang der Hoffnungen von 1849" beklagen, aus des Krisis eines mit den zwei eigentlichen Feinden Deutschlands, mit Frankreich und Rußland, gleichzeitig auszutragenden Kampfes „das Heil erwartet" hatten. Nun war vom „Schicksal dieser Krieg" für Preußen geschaffen, Preußens „Genius" hatte „den unwiederbringlichen Moment"

gebracht, aber siehe da, der Genius fand Preußens Staatsmänner nicht unter der Zahl derjenigen, „welche seinen Ruf verstanden".*)

Wir unserer Seits erkennen in Preußen einen sehr wichtigen Bestandtheil deutscher Kraft, gehören jedoch nicht unter die Zahl derer, die nur in Preußens Größe die Möglichkeit für eine künftige Größe Deutschlands zu ahnen vermögen. Mag also auch der Groll über die Selbsttäuschung der Berliner Staatsmänner von 1859 denjenigen überlassen bleiben, welche die Wendung von 1849 betrauert! Manchmal schafft der Gott der Weltgeschichte den Völkern Gelegenheiten, einzusehen, daß ihre Hoffnungen sich an einen schwankenden Stützpfeiler angeklammert. Der Völker Pflicht aber ist es, auf die Warnungen der Geschichte zu achten. Versäumen sie dies, so werden sie die Mitschöpfer des Zerfalles ihrer Größe.

Wir verkennen keineswegs die Bedenklichkeiten, welche sich gerade im preußischen Cabinet einer Würdigung der italienischen Krisis entgegen stämmen mußten. Das jetzige Ministerium hatte noch mit den Folgen der bedauerlichen Mißgriffe des zurückgetretenen zu kämpfen. Zu lange war bei einer zahlreichen Partei das Vorurtheil herrschend geblieben, nur durch eine Verdächtigung Oesterreichs sei Preußen wahrhaft groß zu machen; zu lange hatte ein bekanntes Preßbureau seinen Patriotismus dadurch manifestirt, daß es dem Volk die innern Zustände des befreundeten Kaiserstaates und deren Rückwirkung auf Deutschland in den grassesten und düstersten Farben ausmalte. Ohne

*) Prof. Fr. Fischer von Zürich in seinem Aufsatze: „die politische Lage vom deutschen Standpunkt."

blind gegen die Mängel und Mißgriffe der innern Verwaltung Oesterreichs zu sein, muß doch jeder parteilose Beobachter, der an Ort und Stelle selbst der Wahrheit nachforschte, dem Wirken jenes Preßbureau das Zeugniß ausstellen, daß der neunzehnte Theil dessen, was es über Oesterreichs innere Zustände und Regierungstendenzen veröffentlicht hat, dem wirklichen Sachverhalte nicht entspricht. Der Kaiserstaat wird in Wahrheit um's neunfache besser verwaltet und erfreut sich in seinem Innern derzeit eines neunfach hellern Lichtes, als das erwähnte Preßinstitut ihm principiell zugestehen zu dürfen wähnte. Und mit tiefem Schmerz mußte jeder wahre deutsche Patriot die Entdeckung machen, daß auch die noch vorhandenen Ueberreste jener Anstalt bis in die neueste Zeit nicht unterlassen konnten, in vielen Punkten dem Principe der Verdächtigung und Entstellung treu zu bleiben. So hatte man einen Theil der öffentlichen Meinung in Preußen und auch die specifischen Preußenfreunde im übrigen Deutschland systematisch für den Satz bearbeitet: „Oesterreich sei ein Feind Deutschlands und das Hinderniß unserer nationalen Entwicklung". Gerade derjenigen preußischen Partei, in welcher das derzeitige Ministerium seine Stärke suchen zu müssen wähnte, war hierdurch das politische Verständniß der Zeitgeschichte abhanden gekommen — neben der fixen Idee, Preußens Größe sei ohne vorgängige Abschwächung Oesterreichs nicht zu verwirklichen, konnte kein Raum mehr für den echt deutschen Gedanken gefunden werden, daß plötzlich die Stunde geschlagen habe, im Kampf an Oesterreich's Seite und für Oesterreich's Sache zugleich auch die eigene Sache zu verfechten, zugleich sich selbst und das gesammte Vaterland einig und stark zu machen. Die Besorgniß, vielleicht die Sympathieen jener Partei zu verscherzen,

ging so weit, daß man „die falsche Anwendung der Freiheitsidee auf einen Fall, wo es zunächst schlechthin um die Vaterlandsidee sich handelte,“ nicht berichtigen zu dürfen wähnte; daß man sich nicht zu dem Muthe erheben konnte, im Einklang mit der Begeisterung Gesammtdeutschlands seiner specifischen Partei zuzurufen: Ihr vergeßt „den wesentlichen Umstand, der für den deutschen Standpunkt der schlechthin entscheidende sein muß: den rechtswidrigen Angriff Napoleons auf ein deutsches Bundesmitglied. Die Frage ist nicht: Oesterreich oder Italien? Sondern: Deutschland oder Frankreich? Die Frage ist nicht: Italien frei oder nicht frei? Sondern: Deutschland gedemüthigt, oder Deutschland durch eine gemeinschaftliche That erstarkt, dem Ziel seiner Einigung näher gerückt?“*) Statt dessen wähnte man weise zu handeln, wenn man sich der fixen Idee seiner specifischen Partei accommodirte; wenn man Oesterreich und Frankreich als zwei gleich fremde und gleich berechtigte Parteien sich vorstellte; wenn man durch eine Verwahrung gegen das Ultimatum Oesterreich, durch die Kriegsbereitschaft Frankreich, durch die Unthätigkeit und Zurückhaltung Deutschland vor den Kopf stieß und es sohin nach allen Richtungen mit Freund und Feind gründlich verdarb. So kam denn und mußte Preußen dahin kommen, daß es die Ausübung einer echt germanischen Tugend, die Beschützung des offenbarsten Rechtes gegen das offenbarste Unrecht, verabsäumte und dadurch die edelsten Männer der Nation auf's schwerste kränkte; daß es seinen „protestantischen“ Beruf dem Wahnbild eines undeutschen Scheinpatriotismus opferte und im entscheidenden Moment zu „protestiren“ vergaß. Fast will uns

*) Aus dem so eben citirten Aufsatze.

scheinen, es habe in den Irrwegen seiner traditionellen Politik die Fähigkeit, Gelegenheiten für seine eigene und gleichzeitig für Deutschland's Erstarkung zu benützen, abgestreift und müsse selbst seine moralische Schwächung bereits bitter empfinden. Wie im Privatleben, so bieten sich auch im Dasein ganzer Völker und hoher Dynastieen die Gelegenheiten zur Uebernahme und Ausführung welt-historischer Missionen nicht alltäglich. Einmal versäumt, sind sie in den meisten Fällen auf immer entschwunden — das unaufhaltsam fortrollende Rad der Zeit eilt über die Säumigen dahin, und trägt die verschmähte Gabe andern Geschlechtern zu. Wir wünschen Herrn v. Schleinitz und seinen Freunden aufrichtig, daß nicht der Schlußerfolg ihrer Thätigkeit unsere Bedenken nur allzusehr rechtfertigen möge.

Leider hat das preußische Ministerium während des italienischen Krieges zur Beseitigung der Vorurtheile, welche im eigenen Land einer mannhaften „Action" vielfach entgegen stehen mochten, wenig oder nichts gethan. Selbst die „Preußische Zeitung", das Organ des Herrn v. Schleinitz, hatte nur beim Abdruck der hochherzigen Worte des Prinz-Regenten und der Kammerdebatten Sinn für die Verträge von 1815; bald nachher ignorirte sie jene Verträge und bezeichnete die Erhaltung des Gleichgewichts als Zielpunkt der preußischen Politik; endlich stritt sie offen gegen die Pflicht, für „einzelne Bestimmungen" der Acten von 1815*) mit Nachdruck aufzutreten. Daß die

*) So lange nur von Privatstimmen aus vorhergängigen Modificationen der Garantien von 1815 gewagte Schlüsse auf die Ungültigkeit jener Verträge versucht wurden, konnte man dazu schweigen. Seit aber dies Wagniß nicht nur in ministeriellen Organen, sondern auch in offiziellen Depeschen Anerkennung fand, ist man wohl zu der Frage berechtigt: besteht denn wirklich kein Unterschied zwischen der Modification eines

offiziösen Correspondenzen in andern Zeitschriften, sowie auch die unabhängige Presse Preußens, zur Umnachtung des öffentlichen Urtheils, zur Abläugnung des Kernpunktes der großen Tagesfrage, zur Mißdeutung der österreichischen Kriegszwecke, zur Verdächtigung der Politik des Wiener Cabinets nach Kräften gewirkt, scheint von der Partei des Herrn v. Schleinitz wenigstens nicht ungerne gesehen worden zu sein *). Und was wurde von dieser Presse nicht Alles vorgebracht, um das deutsche Vaterland über die Bedeutung der Situation zu täuschen und das Volk für solche specifisch preußische Interessen zu bearbeiten, die mit den Interessen Deutschlands unvereinbar sind! Weil auf tausend Stimmen freier Männer für den Anschluß an Oesterreichs Kriegsprogramm auch eine ultrakatholische kam, wurde der Zweck des Kampfes als ein ultramontaner verdächtigt! Weil unter tausend Männern des Fortschritts auch ein Reactionär für Oesterreich auftrat, konnte die Politik des Wiener Cabinets nur auf Restituirung feudaler Adelsprotection abzielen! Weil die einzelnen Regierungen von Habsburgs Szepter keinen

völkerrechtlichen Vertrages, die mit Zustimmung sämmtlicher Geranten und Betheiligten erfolgt; und zwischen dem einseitigen Bruch eines völkerrechtlichen Vertrages, den ein Nichtgerant zum Nachtheil eines betheiligten Mitgeranten durch rohe Gewalt ermöglicht? Jene ist, wie Niemand bestreitet, im Völkerrechte sehr wohl begründet und durch die Rücksichten auf die organische Fortentwickelung der menschlichen Gesellschaft zeitweilig sogar geboten: dieser dagegen erscheint als ein Verrath des monarchischen Prinzips und des internationalen Rechtes an die Revolution. Und gerade hierdurch unterscheidet sich sowohl hinsichtlich ihres Charakters als auch hinsichtlich ihrer Nachwehen die jetzt geduldete Zertrümmerung der Verträge in Italien von der frühern Regelung der Krakauer, der Belgischen und anderer Wirren!

*) Denn sonst mußte die „Preuß. Ztg." wohl eine Verwahrung dagegen eingelegt haben, ehe Herr v. Schleinitz durch das kaiserliche Friedensmanifest sich zu einer Selbstvertheidigung genöthigt fühlte.

Staatsstreich gegen ihre Souveränität befürchteten, mußte in Erfüllung der Bundespflichten eine Hintansetzung Preußens erkannt werden! Weil das natürliche Gefühl der Volksmassen in dem Kriege Frankreichs gegen Oesterreich einfach ein Glied des deutschen Bundes angegriffen sah und nach Abwehr verlangte, konnte der „gebildete“ Esprit keinen Kriegsfall entdecken! Die zahllose Reihe religiös aufgeklärter und politisch liberal Gesinnter, die mit einem scharf betonten Obwohl die Tiefen des entbrannten Kampfes aufhüllte und durch eine entschiedene Action den Dämon im Keime zu ersticken empfahl, mußte sich schonungslos als ein Häuflein „schwarzsehender Aristokraten, Concordätler“ und weiß Gott als was sonst noch verschreien lassen! Selbst Blätter, die von jeher und ohne Unterlaß die innere Verwaltung Oesterreichs einer einschneidenden Kritik unterzogen (wie z. B. die „Allgemeine Zeitung“) wurden dreist der Bestechlichkeit beschuldigt, nur weil sie durch die aus allen Winkeln auf Oesterreich geschleuderten Anschuldigungen gegen die Gefahren, welche in dem Verhalten Preußens für Deutschland lagen, ihr offenes Auge nicht blenden ließen! Und als alle diese Preßmanöver den erwarteten Erfolg nicht hatten, als endlich die „Möglichkeit“ einer Action für den „geeigneten Moment“ zugegeben werden mußte, da klammerte sich eben dieselbe Presse an jeden nur erdenkbaren Vorwand an, und die rechtzeitige Action als „mit Preußens Berufe unverträglich“ darzustellen und für eine endlose Verschleppung zu plaidiren. Da tauchte in den Journalen vor Allem ein langes Register von Anforderungen sofortiger Reformen an die kaiserliche Regierung als eine Conditio sine qua non auf — Anforderungen, die jedem bedachten Kopfe von was immer für einer

politischen Parteirichtung schon aus dem Grunde als höchst verdächtig erscheinen mußten, weil Momente der äußern Vertheidigungsnothwendigkeit sicherlich am wenigsten geeignet sind, große innere Reorganisationen vorzunehmen; — Anforderungen, die geradezu widersinnig klangen, weil bei vorliegender gemeinsamer Gefahr ein aufrichtiger Freund doch wohl erst hilft, ehe er dem zunächst Betroffenen eine Kraftzersplitterung für dessen eigenen und auf die Gefahr sich nicht beziehenden Verhältnisse zumuthet! Da wurde ferner die Discussion über ein deutsches Parlament und eine preußische Dictatur mit Heftigkeit begonnen — eine Discussion, die kein einsichtsvoller Patriot, möge er sonst wie immer über diese Fragen denken, in dem Augenblicke billigen konnte, wo der Feind schon hart an Deutschlands Grenzen stand; — eine Discussion, die schon in der Thatsache, daß sie zumal nach einer Dictatur und nach einer Volksvertretung rief, sich als eine Debatte unpraktischer Menschen charakterisirte; — eine Discussion endlich, die für die Sicherstellung Deutschlands keinen Gewinn versprach, weil man durch Beschwörung eines Parlaments schwerlich feindliche Armee'n über die heimatlichen Grenzen zurückschlagen könnte, am wenigsten die Armee'n eines bis zum höchsten Grade centralisirten Staates, dessen Kaiser durch keinerlei Institutionen behindert ist und über alle Hülfsquellen unbedingt verfügt! Da sollte ferner die „Action" nicht unter Preußens Initiative und derzeitiger (bundesgemäßer) Führerschaft beginnen dürfen, wie die deutschen Regierungen in vollem Einverständniß mit Oesterreich erwarteten und bereitwillig zugestanden, sondern außer dem Wege des positiven Rechtes und in Zertretung desselben — ein Ansinnen, das fast wie ein Hohn auf den zu beschützenden und ein Gleichgewicht

der Mächte basirten europäischen Rechtszustand klang, dessen Vertheidigung unmöglich mit thatsächlichem Umsturze oder factischer Mißachtung der deutschen Rechtszustände beginnen dürfte! Doch wir wollen hier all' die Sonderbarkeiten der journalistischen Hemmschuhe nicht nochmal ans Tageslicht hervorziehen, mit welchen jene Presse sich gegen die Action stemmte und das Wort eines frühern preußischen Ministers vom „beschränkten Unterthanenverstande" gleichsam durch ein selbstvernichtendes Argumentum ad hominem rechtfertigen zu wollen schien. Sie sind ohnehin, wie wir voraussetzen, unsern Lesern noch in lebendiger Erinnerung. Auch haben wir keineswegs die Absicht, die Irrthümer der specifisch preußischen Publicistik mit den Anschauungen des jeweiligen Ministeriums schlechtweg zu identificiren. Vielmehr werden wir sogleich den Beweis liefern, daß wir bei der Würdigung des Standpunktes, welchen das preußische Cabinet seit dem eminösen Neujahrsgruße bis zum folgenschweren Ereigniß von Villafranca einnehmen zu müssen glaubte, uns nur auf die zu unserer Kenntniß gelangten ministeriellen Schritte und auf authentische Actenstücke gestützt haben. Ja wir sind in gewissenhafter Parteilosigkeit sogar so weit gegangen, unser Schlußurtheil zunächst aus denjenigen Erlassen und Depeschen zu bilden, welche Herr von Schleinitz selbst zur Vertheidigung der preußischen Politik der Oeffentlichkeit übergeben hat.

Für die Politik des Herrn v. Schleinitz mußten, nach unserer Ansicht, drei Punkte maßgebend sein: der offen ausgesprochene Wille des Prinz-Regenten, die durch die Kammern legal vor den Thron gebrachten Wünsche des preußischen Volkes, und die für Preußen aus den Bundesverhältnissen sich ergebenden Pflichten gegen Deutschland. Drängten diese drei Factoren

nach einem und demselben Ziele hin, so war, sollte man meinen, ein Mißgriff für den preußischen Minister kaum möglich; zeigten sich aber unter ihnen unvereinbare Meinungsverschiedenheiten, dann erwuchs freilich auch dem berliner Cabinet ein fast unlösbarer Knoten.

Daß solch ein Knoten für Herrn v. Schleinitz nicht vorhanden war und daß der Wille des Prinz-Regenten, das deutsche Volk und die preußischen Kammern in der Mehrheit ihrer Mitglieder die eine und dieselbe Action begehrten, wird Niemand bestreiten wollen, der den Ereignissen mit Aufmerksamkeit gefolgt ist und sie in ihrem innern Zusammenhange begriffen hat. Dennoch verabsäumte Herr v. Schleinitz die geeignete Vorbereitung zur Action, und zwar, wie es fast den Anschein hat, nicht ohne einige Rücksichten auf die Wünsche jener Partei zu nehmen, als deren Organe wir Oben, im Gegensatz zu den Anschauungen des deutsch-preußischen Volkes, die specifisch-preußische Presse charakterisirt haben. Dies aus den eigenen Depeschen des Herrn v. Schleinitz nachzuweisen, wird, sobald wir das hochherzige Programm des Prinz-Regenten und die patriotische Zustimmung der preußischen Kammern zu demselben in kurzen Worten vorangesendet haben, unsere Aufgabe sein.

Nachdem der Prinz-Regent schon am 12. Jan. in der Eröffnungsrede des preußischen Landtags das „Königthum von Gottes Gnaden, Festhalten an Gesetz und Verfassung, Treue des Volkes und des siegbewußten Heeres, Gerechtigkeit, Wahrheit, Vertrauen, Gottesfurcht" als die Inschrift auf Preußens Fahnen bezeichnet hatte, richtete er am 14. Mai in der Abschiedsrede an beide Kammern die denkwürdigen Worte: „Preußen ist entschlossen, die Grundlagen des europäischen Rechts-

zustandes, das Gleichgewicht Europa's, zu wahren".*) Die Debatte, auf welche diese allerhöchste Willensäußerung als

*) Schon vorher, am 3. Febr., hatte auch die Königin Victoria bei Eröffnung des englischen Parlaments es als das „Ziel" ihrer „beständigen Politik" bezeichnet, „die treue Beobachtung der Verträge unverletzt zu bewahren". Und wie die Worte des Prinz-Regenten in den preußischen Kammern, so hatten auch die Versicherungen der Königin Victoria bei allen Parteien in beiden Häusern des englischen Parlaments einen lauten Wiederhall gefunden, an welchem die Mitglieder des jetzigen Cabinets, die damals noch der Opposition angehörten, sich nicht als die Letzten aufs Lebhafteste betheiligten. Uebrigens gleichen die derzeitigen englischen und die preußischen Minister des Aeußern sich in ihren Schwächen vollkommen: Beide haben von der Krone ein hochherziges Programm erhalten, um durch dessen Nichtbefolgung sich von den Ereignissen überholen zu lassen und nach ein paar Monaten rath- und thatenlosen Schwankens der enttäuschten Gegenwart das Bekenntniß abzulegen: Wir sind über das Prinzip einer Vermittelung eigentlich noch gar nicht zur Klarheit gelangt! — Was Wunder, wenn neben solch ministeriellem Scharfsinn die merkantile englische und die specifisch preußische (sammt der unpraktischen Gothaer) Presse auch nur für einen Moment mit dem Zielpunkt der Thronreden sympathisirte, um schon im nächsten Augenblicke wieder desto toller für ihre Traumbilder zu schwärmen? Es mag nicht unpassend sein, aus der Zeit jenes flüchtigen Moments hier ein paar uns ganz nahe liegende Beispiele zu citiren. Die „Deutsche Allg. Zeitung", deren Voreingenommenheit gegen Oesterreich sprichwörtlich ist und die auch jetzt wieder ihre bekannten Melodien pfeift, paraphrasirte am 18. Mai (Nro. 114) die preußische Thronrede, wie folgt: „Welches sind nun die „„Grundlagen des europäischen Rechtszustandes?"" Die Verträge von 1815. Nach diesen Verträgen ist die Lombardei und Venedig Oesterreichs Besitz; eine Aenderung des betreffenden Besitzstandes wird Preußen daher niemals dulden. Der Umstand, daß Frankreich nicht für sich, sondern nur für Sardinien erobern will, ist ganz ohne Einfluß auf die zur Wahrung der Verträge von 1815 einzunehmende Stellung. Diejenigen, welche aus diesem Umstande einen modificirenden Einfluß auf die von deutscher Seite einzunehmende Stellung statuiren wollten, wären blind. Frankreich würde durch Sardinien in Italien herrschen, die Schwächung der deutschen Kraft durch die Schwächung Oesterreichs würde ganz dieselbe, der Uebermuth Frankreichs und die von einem siegreichen

Antwort galt, ließ keinen Zweifel über deren Bedeutung Raum. Die preußische Landesvertretung hatte wenige Tage vorher ent-

---

Napoleonismus für Deutschland ausgehende Gefahr würden dadurch wahrlich keine geringere sein. Also sind wir berechtigt, aus den Worten des Prinz-Regenten eine Garantie für die Erhaltung des ganzen österreichischen Besitzes in Italien nach den Verträgen von 1815 in der unbedingtesten Weise zu folgern." — Und der „National-Zeitung" schienen damals die patriotischen Redner in den preußischen Kammern noch zu wenig Eifer gezeigt zu haben — sie veröffentlichte die „ungehaltene Rede eines ehemaligen Abgeordneten", in welcher zwei Hauptfragen: „welche Gefahr droht Preußen?" und „welche Schritte sind dagegen zu thun?" eine treffende Beantwortung fanden. Zugleich schilderte jene ungehaltene Rede der „National-Zeitung" das Nachweh einer Politik, wie wir sie leider jetzt durch Herrn v. Schleinitz beibehalten sehen, mit folgenden Worten: Dann wird Napoleon für jetzt „die deutsch-italienische Grenze sicherlich nicht überschreiten. Dazu ist er ein viel zu guter Verwalter seiner persönlichen Subsistenzmittel. Er begnügt sich vor der Hand mit der Befreiung Italiens, der materiellen Schwächung und dem finanziellen Ruin Oesterreichs, wie er sich mit der Südseite Sewastopols begnügt hat. In diesem Fall thut Preußen keinen Schuß, verliert höchstens viele Millionen Thaler Rüstkosten aus seinen Staatskassen, und die zehnfache Summe am Nationalvermögen. Directe Gefahr ist bei diesem ersten Act des großen historischen Drama's allerdings noch nicht vorhanden. Napoleon will ja für jetzt keinen Krieg mit uns. Er rühmte ja unser Verhalten im Moniteur, gab uns ein gutes Zeugniß, und nur den kleinen deutschen Staaten, welche Aufregung zeigten, eine schlechte Censur. Oesterreich schließt Frieden nach zwei oder drei in Italien verlornen Schlachten, und Rußland nimmt nur die Moldau und Walachei. Ludwig Napoleon, der Befreier und Protector Italiens, zieht glanzvoll in Paris wieder ein. Aber das Alles, meine Herren, nennt irgend Jemand von Ihnen keine dringende Gefahr für Preußen und Deutschland? Haben Sie sich wohl die Situation unsers Vaterlandes nach diesen Vorgängen recht klar vor die Augen geführt? Preußen zwischen das siegreiche Frankreich und Rußland gestellt, keine Aussicht auf Hülfe von dem ermatteten und doch gegen das saumselige Preußen Rache schnaubenden Oesterreich. Ein zersplittertes dem französischen Einflusse überlassenes Deutschland. England, dem dann wohl die Augen geöffnet sein werden, unser einziger Bundesgenosse, aber mit sich selbst beschäftigt, von den Kriegsmarinen aller andern Staaten,

schieden ausgesprochen, daß sie in ihrer Mehrheit die „traditionelle Politik" des Napoleoniden richtig durchschaue, daß sie auch über den Zweck des italienischen Krieges nicht in Ungewißheit schwanke, und daß sie deshalb in Preußens und in Deutschlands Interesse von der Regierung ein kräftiges Vorgehen vertrauensvoll erwarte, ehe das isolirt kämpfende Oesterreich geschwächt, ehe durch Oesterreich's Schicksal die deutsche Wehrkraft halbirt werde. Sie hatte

---

Nordamerika mit eingeschlossen, bedroht. Welche Hülfe kann es uns dann gewähren? Wollen Sie sich auf die Gnade und Großmuth Frankreichs und Rußlands verlassen? Ich dächte, wir haben genug Proben davon erlebt. Wenn dann Napoleon in Frankreich wieder den Boden unter seinen Füßen zu heiß findet und die Armee den Aderlaß in Italien wieder ersetzt hat und neue Beförderungen, neuen Ruhm verlangt, werden wir in der Lage sein, dem freundlichen Nachbar die Rheingrenze abzuschlagen? Werden wir Litauen, Ostpreußen und Westpreußen jenseit der Weichsel mit Erfolg gegen Rußland vertheidigen können? Lassen Sie mich das dunkle Gemälde nicht vollenden, bei welchem mir das Blut nach Herz und Kopf aufsteigt, daß sie springen möchten. Ist es möglich, daß wirklich ein wahrer Preuße zweifelhaft sein kann, was zu thun und wann es zu thun ist? Sie wollen nicht schlagen für Oesterreich, für dessen Politik in Italien. Sie sollen es auch nicht, aber wir müssen das Schwert ziehen für uns selbst und für Deutschland. Nicht für Oesterreich, sondern mit Oesterreich und ganz Deutschland und dann getrost gegen eine Welt in Waffen, jetzt, wo es noch Zeit ist. Sie beanspruchen die Parität mit Oesterreich und wollen gegen Oesterreich zurückstehen. Wollen Sie wieder die entscheidenden Ereignisse kommen lassen, „„den Ereignissen Rechnung tragen""? Wieder ist das Schicksal Deutschlands in Preußens Hände gelegt. Wir haben keine Wahl. Keine schwächliche halbe Maßregeln! Front gegen Ost und West, mit England, wenn es sein kann, ohne England, wenn es sein muß." Wenn man solche Artikel der preußischen und der Gothaer Presse von damals neben die heutigen Ergüsse eben derselben Zeitungen legt, so möchte man mit dem Satyriker bitter ausrufen: „Entflohen ist der Spiritus, die Hefen sind geblieben." Man thut aber wohl, mitunter in die unmittelbare Vergangenheit zurückzublättern, will man die „Ueberzeugungstreue" gewisser Mitbürger Deutschlands nach ihrem wahren Werthe schätzen!

den Ernst ihres Ausspruches durch unbedingte Bewilligung des Kriegsanlehens bethätigt, und ihr Votum gab Herrn v. Schleinitz doch wohl nicht die Vollmacht zu einem Wagniß, welches seiner Natur nach, falls es nicht in einer resultatlosen Mobilisirung die für Deutschland ungefährlichste Endschaft erreichte, nur die Gefahren für die Bundesstaaten im Innern und nach Außen steigern, nur Oesterreichs Lage noch peinlicher machen und auch den Vortheil für Preußen in düstre Ferne rücken mußte. Dennoch unterzog sich Herr v. Schleinitz diesem Wagniß, wir wissen nicht, ob in Mißdeutung der Worte des Prinz-Regenten und des Votums der Kammern, oder ob in unbewußter Hinneigung zu den Gelüsten einer bekannten Partei!

Aber man wird uns hier entgegnen: Das ist finstrer Argwohn, ist böswillige Verläumdung! Hat Preußen nicht mobil gemacht? Wollte es nicht schon Krieg beginnen? Ist nicht der heimtückisch hinter seinem Rücken geschlossene Friede allein schuld, daß es den Oesterreichern die Lombardei nicht zurück erobern, sich ihnen nicht nützlich machen, die Verträge von 1815 nicht beschützen konnte? Mußten wir doch in mehreren Blättern bereits die Seltsamkeit lesen: So tief wurzle der Haß Oesterreichs gegen Preußen, daß es seine schönste Provinz freiwillig preisgegeben habe, nur, um dem Berliner Cabinet einen Streich zu spielen!*)

---

*) Selbst die soeben bei Georg Reimer in Berlin erschienene Broschüre: „Preußen und der Friede von Villafranca", stellt dreist die Hypothese auf, Oesterreich habe nicht erwarten wollen, „daß der eine Bundesgenosse, dessen Emporkommen es mit dem Verluste von drei Lombardien vereiteln möchte, mit dem ganzen Deutschland ihm die Schmach eines solchen Friedens ersparte." Uns kam diese Broschüre erst zu Gesicht, als wir vorliegende Denkschrift bereits bis hierher geschrieben hatten und

Gut! besehen wir denn die Natur dieses „Streiches" etwas genauer! Er wird sich uns in seiner ganzen Blöße enthüllen, sobald wir neben ihm den Begriff zergliedern, welchen Herr v. Schleinitz von den Pflichten Preußens gegen die Bundesstaaten zu haben scheint. Dieser Begriff heißt: Preußen ist „die

---

die ersten Bogen sich schon unter der Presse befanden. Zeitungscorrespondenten bezeichnen sie als officiös und „offenbar als die Arbeit eines sehr eingeweihten, von allen preußischen Regierungshandlungen wohl unterrichteten Mannes!" Es ist traurig, wenn wir die Angabe glauben müssen; durch den Inhalt der Schrift selbst wird sie nicht gerechtfertigt. Der Verfasser berichtet über entscheidende Incidenz-Fälle, z. B. über die Erklärung Bayerns in Betreff des Obercommando, über die Motive der schließlichen Kriegsunlust einiger Bundesstaaten, über die Zielpunkte der österreichischen Politik, über die Aufträge des Fürsten Windischgrätz u. s. w. sachlich unwahr. Dabei wärmt er längst allbekannte und von der öffentlichen Meinung nicht zu Oesterreichs Nachtheil beurtheilte Schritte, wie z. B. das Ultimatum an Sardinien, im Tone des Vorwurfs neu auf und erlaubt sich zugleich, ohne die benöthigten Beweise beizubringen, Verdächtigungen auszusprechen, deren tendentiöse Unterstellung keinem unbefangenen Leser entgehen kann. So soll z. B. Oesterreich den Erzherzog Albrecht und den Fürsten Windischgrätz deshalb nach Berlin gesendet haben, um durch jenen das Odium des Krieges und durch diesen das Odium des Friedens auf Preußens zu schleudern! Uebrigens kennzeichnet sich der Verfasser als Anhänger jener Partei, für welche Deutschland in Preußen aufgehen muß: wir begegnen in seiner Schrift nur hochtönenden Variationen über die alte Melodei vom Majorisiren und vom beabsichtigten Attentat auf die „preußische Selbstbestimmung"; ein Verständniß der großen Fragen, welche in den letzten Monaten auf dem Welttheater verhandelt wurden und jetzt hinter den Coulissen zu einem zweiten Acte bearbeitet werden, bekundet die Schrift nirgends. Dennoch scheint sie in der Absicht verfaßt zu sein, um Propaganda für die Politik des Herrn v. Schleinitz zu machen. Sie wird auch, dessen sind wir gewiß, diesem Zweck vollständig bei allen Lesern genügen, welche über schönen Redensarten die Prüfung des Inhalts vergessen; denn dieses „Preußen und der Friede von Villafranca" sind eine auf siebenunddreißig Seiten ausgesponnene große, recht prunkvolle Phrase, und als solche allerdings, wie sie selbst im Zusatztitel dem Publikum sich ankünden, auch „ein Beitrag zur neuesten deutschen Geschichte!"

deutsche Nation" und daher giebt es keine „Interessen Deutschlands", insofern sie sich den „speciellen Interessen Preußens" nicht unterordnen. Der Begriff hat, wie bekannt ist, in Preußen selbst eine verzweigte Partei für sich und kann auch in den übrigen Theilen von Deutschland den Troß unklarer Köpfe theilweise zu seinen Anhängern zählen. Ihn populär zu machen, war das Endziel der Schleinitz'schen Politik. In Anbetracht dieses Endzieles erschienen dem Berliner Cabinet alle andern Rücksichten als Fragen untergeordneten Ranges und es verstrickte sich so sehr im ausgeworfenen Netze specifisch preußischer Prätensionen, daß es den ungeheuern Ernst der Ereignisse, daß es sogar (wir nehmen gerne an: in eigener Unklarheit über die Folgen solchen Fehlgriffs und über die Größe der Verantwortlichkeit) die immer und immer sichtlicher vorspringende moralische Niederlage, welche dem preußischen Staat als die einzig wahrscheinliche Frucht des eingenommenen Standpunktes reifen konnte, in den Calcul seiner Vorherberechnungen gar nicht aufnahm. Die Krisis in Italien sollte dazu benützt werden, Preußen „freie Hand" über Deutschland zu verschaffen, „Preußen in Deutschland aufgehen" und aus diesem Amalgamationsproceß ein neues Großpreußen auferstehen zu lassen. Für diesen Preis sollte nach endlosem und, wenn möglich mit Englands und Rußlands Beifalle vorgenommenem, deshalb noch nicht präcisirtem Mediationsversuche denn auch im „geeigneten Moment", d. h. zuletzt, eine „Action" für Oesterreich angestrengt werden! Für diesen Zweck sollte die Heeresmacht der deutschen Bundesstaaten sich unbedingt und vertrauensvoll unter Preußens Aegide flüchten, d. h. für einen damals noch

Niemanden als Herrn von Schleinitz (und wohl auch dem nicht so leicht zu „düpirenden" Wiener Cabinet) klar gewordenen Zweck! Deshalb hatte zwar Preußen „das Rechte (!) rechtzeitig gewollt, aber gekonnt hat es noch am 4. Juli nicht, und am 7. noch weniger".*)

Hierin liegt der Schlüssel zum Verständniß der Schleinitz'schen Politik, welche in der großen germanischen Frage dunkel und haltlos war, inzwischen aber mit kleinlichen Mitteln ein specifisches Local-Interesse verfolgte. Hierin liegt ferner die Erklärung zu allen Schritten des preußischen Cabinets vom Tadelsvotum des österreichischen Ultimatums angefangen bis zur Depesche vom 11. Juli, und von den Mittheilungen des österreichischen Bundespräsidial-Gesandten am 3. Mai bis zur Abreise des Fürsten Windischgrätz von Berlin nach erfolgtem Friedensschlusse mit Frankreich. Hierin liegt aber auch der nothwendige Commentar zu den von Herrn von Schleinitz jetzt der öffentlichen Beurtheilung übergebenen Depeschen — ein Commentar, der zwar die dunkeln Stellen jener Depeschen aufhellt, schwerlich aber geeignet ist, die bereits vielfach abgeurtheilten Zielpunkte der Schleinitz'schen Anstrengungen den wahren Patrioten Deutschlands von einer weniger ungünstigen und weniger unerfreulichen Seite zu zeigen.

Wir wollen diese Anstrengungen hier nicht bis ins Labyrinth all ihrer Nebenwege hinein verfolgen, weil wir dadurch in die Lage kämen, eine lange Reihe von vorgeblichen Thatsachen, welche zur Rechtfertigung der Schleinitz'schen Sonderpolitik hier und da aufgezählt werden, in den Bereich der Entstellungen

---

*) Aus der so eben erwähnten Broschüre.

verweisen und hierdurch einer Polemik Nahrung schaffen zu müssen, die eben so unerquicklich als für die Sache selbst zwecklos wäre. Ohnehin richten und berichtigen sich wohl alle Nebenwege durch die Charakteristik der zwei Hauptmärsche, auf welchen die Schleinitz'sche Hauspolitik ihren Höhepunkt erstieg und zugleich ihren schärfsten Ausdruck fand. Das sind: die Stellung des preußischen Cabinets gegenüber dem Hannover'schen Antrag in Frankfurt (Mitte Mai); und die Fassung des preußischen Antrags vom 4. Juli, welche Oesterreich in Deutschlands Interesse zum Gegenantrag vom 7. Juli und zu den fünf Tage später in Villafranca gemachten Concessionen an Frankreich drängen mußte.

Als ganz Deutschland auf Thaten harrte und Preußen immer noch bei der bloßen Kriegsbereitschaft stehen blieb, da stellte Hannover den bekannten, von mehreren Regierungen unterstützten Antrag auf Aufstellung eines Armeecorps am Rhein. Sofort erhob Preußen dagegen Protest und nahm mit der Drohung, daß es dem Beschlusse einer Majorität sich nie fügen werde, die Initiative für sich in Anspruch. Das Schicksal jenes Antrages ist unsern Lesern wohl noch erinnerlich. Einzelne Regierungen erklärten später ausdrücklich, Preußen die Initiative überlassen zu wollen, nur werde endlich ein energisches Handeln von ihm erwartet. Unter dieser Bedingung fügten sich sofort sämmtliche Bundesstaaten für den Augenblick den Prätensionen des Cabinets Schleinitz, aber von jener Zeit an war auch die frühere Harmonie dahin, und an die Stelle der schönen Einigkeit trat durch ganz Deutschland eine allgemeine Verstimmung. Die Einsprache des Herrn von Schleinitz hatte nicht nur die „verfassungsmäßige Gleichberechti-

gung der einzelnen Bundesglieder" verletzt, sondern auch die „natürliche Gleichberechtigung der einzelnen Stämme, deren keiner berechtigt ist, die Herrschaft zu begehren über die anderen."*) Hannovers Antrag war im unbestreitbaren Recht der Hannover'schen Regierung begründet,**) und demnach entbehrt der preußische Protest einer rechtlichen Unterlage. Herr von Schleinitz hatte mit der durch den Mund seines Bundesgesandten erhobenen Einsprache Preußen, gegenüber den deutschen Bundesstaaten, in eine außerhalb dem positiven Recht postirte Lage gerückt und unverblümt die Absicht verrathen, vor Allem das einzige positive Band,

*) Aus der Broschüre: „Nicht für Oesterreich, aber gegen Frankreich! von Magnus Grafen von Moltke." Breslau 1859.

**) Zum Beweise dessen hier nur einige Paragraphe! Art. 3 der Bundesacte lautet: „Alle Mitglieder haben als solche gleiche Rechte. Sie verpflichten sich gleichmäßig, die Bundesacte unverbrüchlich zu halten." Art. 5: ..... „Jedes Bundesglied ist befugt, Vorschläge zu machen und in Vortrag zu bringen, und der Vorsitzende ist verpflichtet, solche in einer zu bestimmenden Zeitfrist der Berathung zu übergeben." Art. 7: ..... „Sowohl in der engern Versammlung als im Pleno werden die Beschlüsse nach der Mehrheit der Stimmen gefaßt, jedoch in der Art, daß in der ersten die absolute in dem letztern aber nur eine auf zwei Dritttheilen der Abstimmung beruhende Mehrheit entscheidet. Bei Stimmengleichheit in der engeren Versammlung steht dem Vorsitzenden (Oesterreich) die Entscheidung zu"..... Art. 2 der Wiener Schlußacte: „Dieser Verein besteht in seinem Innern als eine Gemeinschaft selbstständiger, unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitigen gleichen Vertrags-Rechten und Vertrags-Obliegenheiten, in seinen äußern Verhältnissen aber als eine in politischer Einheit verbundene Gesammtmacht." Art. 10 derselben Acte: „Der Gesammtwille des Bundes wird durch verfassungsmäßige Beschlüsse der Bundesversammlung ausgesprochen".... Art. 35 bis 51 eben derselben Acte setzen sodann die Specialitäten der Obliegenheiten bei äußerer Gefahr und bei wirklichem Ausbruch des Krieges in vollkommener Uebereinstimmung mit vorstehenden Artikeln fest.

durch welches die deutschen Bruderstämme zu Schutz und Trutz mit einander verbunden sind, zerreißen zu wollen. Kein wahrer deutscher Patriot, mag er über die Zweckmäßigkeit der Bundes-Acte sonst auch wie immer denken, wird solch ein Beginnen im Moment der augenscheinlichsten äußern Gefahr gutheißen können. Ja, sogar durch das Fernglas einer preußischen Perspective betrachtet, muß das Verfahren des Herrn von Schleinitz mindestens als eine — sehr große Unklugheit erscheinen. Welche Freiheit sollten die einzelnen Glieder der verschiedenen deutschen Volksstämme sich wohl von Preußens prätentirter Hegemonie versehen dürfen, wenn es jetzt schon den vorläufig einzigen legalen Vertretern der gesammten Volksstämme nicht mehr gestattet sein soll, irgend eine dem Berliner Cabinet nicht convenable Meinung demselben dennoch wenigstens zur Berathung und legalen Gegenäußerung unterbreiten zu dürfen?

Dennoch wählten, wie schon erwähnt, die Bundesstaaten den unter den obwaltenden Verhältnissen mildesten Ausweg. Sie begnügten sich damit, ihrer Hoffnung, Preußen werde seine eigene Politik mit der Sicherstellung aller deutschen Interessen in vollständigem Einklang halten, einen vielfachen und hörbaren Ausdruck zu geben. Auch Oesterreich überließ Preußen die begehrte Initiative in loyalster Weise. Der Antrag auf Mobilisirung, weitere Anträge auf Ausdehnung derselben wurden in Frankfurt endlich gestellt und zum Bundesbeschluß erhoben. Doch wir wollen die Stadien, innerhalb welcher die Bundesversammlung von Mitte Mai bis Ende Juni sich bewegte und die unsern Leser wohl noch bekannt sind, hier nicht ins Einzelne durchwandern, und schreiten zum entscheidenden Momente vor,

nämlich zu der in die Zeit vom 4. bis 7. Juli fallenden Katastrophe.

Am 4. Juli stellte der preußische Gesandte, Herr v. Usedom in Frankfurt den Antrag auf vollständige Mobilisirung der Bundescontingente und auf Anschluß derselben unter Preußens Oberbefehl — beides nicht auf Grund der einschlägigen Bundesgesetze, sondern mit Umgehung derselben und mit Hindeutungen auf Preußens eigenen Interessen, zwar zur Sicherung Deutschlands und seiner Machtstellung, aber ausdrücklich auch zur Unterstützung der eigenen preußischen Politik. Unmittelbar nach dieser denkwürdigen Sitzung reiste Herr v. Usedom von Frankfurt ab, um sich während der Krisis, die in Folge eines solchen Antrags nothwendig entstehen mußte, nicht mehr am Bundessitze sehen zu lassen.*) Seine plötzliche Entfernung mußte um so mehr auffallen, als man schon früher bemerkt zu haben glaubte, „daß der preußische Bevollmächtigte nicht geneigt oder nicht im Stande gewesen, die Interpellationen sowohl in der Bundesversammlung als im Militärausschuß, welches denn die eigene preußische Politik sei, ob sie besondere Ziele verfolge und welche, ausreichend zu beantworten."**) Lag dem preußischen Antrag der Hintergedanke

*) Aehnlich der für die preußische Gesandtschaft am französischen Hofe beliebten Tactik. Auch Herr von Pourtales war während des ganzen italienischen Krieges durch „Familienangelegenheiten" in Berlin zurück gehalten. Die Diplomatie des Herrn von Schleinitz scheint das Zaubermittel, welches der Sage nach einst einem von Rolands Schildknappen abhanden gekommen, neu entdeckt zu haben. Jenes Zaubermittel verlieh bekanntlich dem Besitzer die Eigenschaft, im geeigneten Moment vor den Augen der Welt verschwinden zu können!

**) „Deutsche Allg. Zeitung", Nr. 157 vom 9. Juli.

auf eine gewaltsame Eroberung der Hegemonie über Deutschland zu Grunde, so konnte der Antrag nur durch die Greuel eines deutschen Bürgerkrieges durchgesetzt werden; that man aber mit einer solchen Vermuthung der Politik des Herrn v. Schleinitz Unrecht, so mußte Preußen einem hinsichtlich der Mobilisirung und des Obercommando's mit dem seinigen übereinstimmenden Gegentrag, welcher eine Beschlußfassung auf die vertragsmäßigen Paragraphe der Bundesgesetzgebung ermöglichte und hierdurch die in der Schleinitz'schen Proposition liegende Unklarheit beseitigte, unbedingt und ohne Zögern seine Zustimmung geben. Dies war die einzig mögliche Alternative. Man hat zwar zu dem Zweck, die Motive des preußischen Antrages als von Deutschlands Interesse geboten und folglich als deutsch-patriotisch darzustellen, in der Presse gar Mancherlei behauptet, aber diese Behauptungen alle sind erweislich nur eitler Wortprunk, sind Sand in die Augen kurzsichtiger Leute, sind beabsichtigter Blendungsversuch an demjenigen Theile des Publikums, welcher die Kriegsverfassung Deutschlands nicht kennt. Was soll z. B. der Einwand, der Prinz-Regent dürfte, weil er zugleich das Oberhaupt des Preußischen Staates ist, nicht „Bundesfeldherr" sein — was soll dieser Einwand eigentlich bedeuten? Niemand wird im Ernst den deutschen Fürsten die Absicht unterbreiten wollen, je das Oberhaupt Preußens in seiner Eigenschaft als Bundesfeldherrn zur Verantwortung vor ein Kriegsgericht zu laden. Selbstverständlich sind diejenigen Paragraphe der Bundes-Kriegsgesetze, durch welche die Grenzen der Verantwortlichkeit für nicht-souveräne Bundesfeldherrn gezogen werden, auf solche Ausnahmsfälle, in welchen das Ober-Commando von einem souverainen, also von einem

unverantwortlichen Fürsten des deutschen Bundes selbst geleitet wird, nicht anwendbar und können auch nach dem Geiste der Verfassung für solche Fälle unmöglich vorgesehen sein. Die gegentheilige Annahme widerspricht, wie der einfachste Jurist wissen sollte, dem Begriffe des Wortes „souverain", an welchem die Eigenschaft der persönlichen Unverantwortlichkeit nach unserm Staatsrecht einen unabtrennbaren Bestandtheil bildet. Zum Ueberflusse aber war auch, längst ehe dieser sonderbare Einwand von preußischer Seite erhoben worden war, allgemein bekannt, daß für den Fall der Uebertragung des Ober-Commando an den Prinz-Regenten von Preußen diejenigen Paragraphe der Kriegsverfassung, welche mit der hohen Würde eines souveränen Staatsoberhauptes unverträglich sind, durch Bundesbeschluß ausdrücklich suspendirt werden sollten.*) — Welchen Sinn hat ferner der Einwand, mit der Bundesverfassung sei ein Krieg nicht zu führen, sei Deutschland nicht zu beschützen? Wir stellen an Alle, welchen diese Verfassung bekannt ist, die Gegenfrage, ob es wohl möglich sei, einem Commandanten ausgedehntere Machtvollkommenheit zu ertheilen, als sie ein deutscher Bundesfeldherr gerade laut dieser jetzt viel-

---

*) Fast noch klarer wird die erhobene Bedenklichkeit als bloße Agitation einer bekannten Partei durch die Thatsache charakterisirt, daß der Prinz von Preußen, obgleich er jetzt Regent von Preußen ist, nicht aufgehört hat, Gouverneur der Bundesfestung Mainz zu bleiben. Bekanntlich aber ist der Gouverneur von Mainz dem Bunde für seine Amtsthätigkeit verantwortlich. Wir haben nirgends gelesen, daß die betreffenden Gesetzes-Paragraphe nach der Proclamation der Regentschaft abgeschafft worden seien. Dennoch fühlt sich weder die Krone Preußen verletzt, noch deutete jemand die für den Gouverneur von Mainz vollkommen zu Recht bestehende Verantwortlichkeit auf das Staatsoberhaupt von Preußen.

geschmähten Kriegsverfassung bereits besitzt?*) Und selbst gesetzt, diese Verfassung (welche übrigens von Preußen bei keiner früheren Gelegenheit als unbrauchbar bezeichnet worden ist), habe große Mängel, war am 8. Juli der geeignete Moment, ein Anathem über sie zu fällen? Gewiß nicht! Mit Kanonen, die im Moment der Schlacht erst gegossen werden sollen, treibt man den bereits gerüstet dastehenden Feind schwerlich in die Flucht. Klüger ist's, in solchem

---

*) Daß dieselbe ihm die zur einheitlichen Leitung des Bundesheeres erforderliche Freiheit in vollem Maße sichert, erhellt u. A. aus folgenden Paragraphen: „Ihm allein bleibt überlassen, den Operationsplan nach seiner Ansicht zu entwerfen, auszuführen und abzuändern, wie es die Umstände fordern und er ist durchaus nicht verbunden, diesen Plan vor der Ausführung irgend Jemand mitzutheilen." (§ 49.) „Der Oberfeldherr kann über die Aufstellung, Bewegung und Verwendung der ihm anvertrauten Streitkräfte, auch die allenfalls zeitlichen Detachirungen, nach seinem Ermessen verfügen." (§ 54.) Doch möge er die von einem Staate gestellten Corps beisammen behalten, „wo dieses ohne Nachtheile berücksichtigt werden kann." — „Er hat das Recht, die Befehlshaber der aus den verschiedenen Corps herauszuziehenden Kavallerie- und Artillerie-Massen aus den Generalen des Bundesheeres nach seinem Ermessen zu ernennen." (§ 57). — „Die Bestimmung der Militärstraßen, die Anlage von Hospitälern und Magazinen, sowie die Bezeichnung der Verpflegungsbezirke der Corps, überhaupt alle Maßregeln zur Sicherstellung der Armeebedürfnisse und der Wohlfahrt des Heeres, sind dem Oberfeldherrn (mit Beachtung der Eigenthumsrechte und unter dem nöthigen Benehmen mit den Landescommissarien) lediglich überlassen." (§ 59.) Ihm steht das Recht zu, Militärs, welche sich auszeichnen, ihren Landesherrn zur Belohnung zu empfehlen (§ 60), durch Armeebefehle die erforderliche Uebereinstimmung in den Felddienst des Bundes zu bringen (§ 61); kurz, der Oberfeldherr ist (§ 66) „mit ausgedehnter Vollmacht, durch nichts beengt", versehen, um „mit Kraft und Nachdruck seine Beschlüsse zu verfolgen". Er kann sich den Generalquartiermeister, den dirigirenden General-Adjutanten, den General-Auditeur und den dirigirenden Arzt wählen, so wie auch den Generalstab selbst bestellen u. s. w. (§ 81). Auch steht ihm die Befugniß zu, alle Befehlshaber des Heeres

Fall die alte Waffe nicht zu verschmähen, als während der Sorge für eine neue die Schläge, welche man abwehren will, sich auf den eigenen Rücken ertheilen zu lassen. Oder traute Herr v. Schleinitz sich das Kunststück zu, durch Cassation des §. 45. der Bundeskriegsverfassung den gesammten außerpreußischen Bundestruppen plötzlich auch preußische Ausstattung verschafft und preußische Militär-Disciplin eingetrichtert haben?*) Wir können ebensowenig an solche Zauberei als an die irgendwo gemachte Entdeckung glauben, daß die Truppen der mittlern und kleinen Bundesstaaten kriegsunfähig seien! Oder hoffte Herr v. Schleinitz gar Deutschland gesichert zu haben, wenn er die außerpreußischen Contingente der preußischen Armee einverleibe und dann den Bund für neutral erkläre, den preußischen Staat aber mit der so verdoppelten Armee und in seiner Eigenschaft als europäische Großmacht zur Action commandire? Wir dürfen ihm die Seltsamkeit eines solchen Calculs unmöglich unterbreiten: sie klänge selbst im Munde eines Staatsministers des „himmlischen Reiches" doch zu hypernaiv.

---

zu suspendiren, jeden Untergebenen verhaften zu lassen und summarische Verhöre derselben anzuordnen (§ 92), das Standrecht gegen Militärs (§ 95), das Martialgesetz gegen Civilisten in Feindesland (§ 96) zu proclamiren u. s. w. Wir könnten hier noch eine Reihe von Paragraphen der Kriegsverfassung citiren, allein diese Beispiele genügen wohl für den Beweis, daß die „Freiheit der Action" durch unsere Bundeskriegsverfassung nicht gehemmt war, wenn man mit derselben nur ernsthaft in Deutschlands Interesse agiren wollte!

*) Dieser Paragraph lautet: „Der Oberfeldherr wird jedesmal, wenn die Aufstellung eines Kriegheeres beschlossen wird, von dem Bunde in der engern Versammlung erwählt. Diese Stelle hört mit der Auflösung des Bundesheeres wieder auf."

Sohin steht wohl fest, daß Eine von den Oben bereits angedeuteten zwei Annahmen richtig sein muß: Entweder lag in dem preußischen Antrag vom 4. Juli nur eine dem Urheber derselben absichtslos entschlüpfte Unklarheit, und dann konnte Preußen nicht umhin, in einer ausdrücklich auf §. 45 gestützten Wiederholung eben desselben Antrages weiter nichts als eine nothwendige Ergänzung seiner eigenen Vorschläge, zugleich aber auch ein unbedingtes Vertrauensvotum für Preußen zu erkennen. Weigerte es sich aber dessen, so war dadurch auch erwiesen, daß Herr v. Schleinitz mit dem Antrag vom 4. Juli irgend etwas Unausgesprochenes intendirte, welches nicht „identisch mit den allgemeinen Interessen Deutschlands" sein kann. Und worin wäre dies Etwas zu suchen? Nach Vernunftgründen doch wohl nur in dem Streben, unter den Eindrücken der äußern Gefahr die mittlern und kleinen Bundesstaaten zur Anerkennung der Hegemonie Preußens über Deutschland zu nöthigen, oder im Weigerungsfalle am muthmaßlichen Vorabend eines Krieges gegen Frankreich die deutschen Völkerschaften des einzigen Bandes zu berauben, welches für alle (§. 2 der Bundes-Acte) zur „Erhaltung der äußern und inneren Sicherheit Deutschlands, und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten" zur Zeit besteht — und zwar stützte sich dann dieses Streben auf Anwendung eines illegalen, vertragswidrigen Mittels, auf Verfassungsbruch in einem Moment, für welchen die Verfassung sämmtliche Staaten Deutschlands ausdrücklich zur Bundestreue verpflichtet — auf Benutzung einer allgemeinen deutschen Gefahr zu specifisch preußischen Sonderzwecken!

Hierüber sich volle Klarheit zu verschaffen, war nach dem 4. Juli für sämmtliche Bundesregierungen nicht weniger als für Oesterreich eine unaufschiebbare Pflicht geworden. Sie wurde erfüllt durch Einbringung des bekannten österreichischen Antrags vom 7. Juli, welcher ebenfalls, wie der preußische vom 4. Juli, die Mobilmachung sämmtlicher Bundescontingente und die Uebertragung des Oberbefehls an den Prinz-Regenten von Preußen bezweckte, letzteres jedoch unter legaler Bezugnahme auf §. 45 der Bundeskriegsverfassung.

Daß Preußen sich diesem Antrag sofort auf's entschiedenste feindlich gegenüber stellte, weiß jetzt Jedermann. Herr v. Schleinitz selbst hat mit anerkennenswerther Offenheit nachträglich durch Publication seiner Depeschen nach Möglichkeit dazu beigetragen, daß der öffentlichen Meinung Deutschlands hierüber ja kein Zweifel bleibe. In seiner an den Freiherrn v. Werther in Wien gerichteten und mittelst Circular den sämmtlichen Vertretern Preußens an den deutschen Höfen mitgetheilten Depesche vom 11. Juli verwahrt sich Herr v. Schleinitz in den stärksten Ausdrücken gegen den österreichischen Antrag, weil er die Mobilisirung „zu einer Maßregel des Bundes“ stempele und zugleich dem, was geschehen soll, „einen andern Zweck“ verleihe; einem casus belli für den Bund will Herr v. Schleinitz nicht als vorhanden erkennen; eben so kann er auch keiner „Majorität der Bundesversammlung Berechtigung“ zur Anerkennung eines solchen zugestehen; daher muß er, „bei der ganz verschiedenen Tendenz beider“ Anträge, jeden „Versuch einer Vermittlung“ zwischen dem preußischen Antrag vom 4. und dem österreichischen Antrag vom 7. Juli

„ablehnen"*). — Fast gleichzeitig verwahrte sich auch das officielle Organ des Herrn v. Schleinitz, die „Preußische

*) Um der nachträglichen Offenheit des Herrn von Schleinitz gerecht zu bleiben, müssen wir hier noch die Bemerkung einschalten, daß gerade diese Depesche ursprünglich von ihm nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen zu sein scheint. Sie war, wenn wir uns recht erinnern, zur „weitern Aufhellung" der aus der „Preuß. Zeitung" bereits „bekannten diplomatischen Actenstücke" in einem nicht preußischen Blatte zu lesen, ehe sie in die preußischen Preßorgane überging. Gerade diese Depesche aber constatirt für die deutsche Nation den Standpunkt der Schleinitz'schen Politik in unzweifelhaft klaren Zügen. Dagegen stoßen wir in der zuerst von der „Preuß. Zeitung" gebrachten und an die deutschen Höfe gerichteten Circular-Depesche des Herrn von Schleinitz vom 24. Juni noch einer seltsamen Unklarheit. Jene Depesche sucht nämlich den deutschen Höfen zu beweisen, daß es „zunächst der Großmacht Oesterreich überlassen bleiben" mußte, „in dem unternommenen Kriege ihren legitimen Besitzstand auf einem dem Bunde fern liegenden vortheilhaften Kriegstheater zu vertheidigen"; zugleich aber enthält sie das Eingeständniß, Preußen habe durch den General von Willisen zu Wien „in bestimmtester Weise die Versicherung" wiederholt ertheilen lassen, „daß es Preußens Absicht sei, für die Erhaltung des österreichischen Besitzstandes in Italien zu wirken"; es habe sich jedoch nicht herbei lassen können, nach dem Wunsche des Wiener Cabinets „jene Absicht Preußens oder die Verheißung unserer (d. h. der preußischen) Wirksamkeit nach dem angedeuteten Ziel durch einen Notenaustausch als eine Zusicherung in bindender Form" auszudrücken, weil der Notenaustausch „einer Garantie der Lombardei gleichgekommen sein" würde. — Daß solch zweideutige Sprache geeignet war, das Wiener Cabinet in seinen Erwartungen auf eine baldige gemeinschaftliche Action Preußens mit Oesterreich zu bestärken, wird Niemand, selbst Herr von Schleinitz nicht, behaupten können. Um so bezeichnender aber bleibt, daß Herr von Schleinitz seine unter demselben Datum (24. Juni) an die preußischen Gesandten zu London und Petersburg gerichtete Depesche der Kenntnißnahme des Wiener Cabinets vorenthielt und letzterm vom deren Inhalt erst am 15. Juli Mittheilung machen ließ, nachdem sie längst vorher durch Lord Russel dem Kaiser Napoleon in Abschrift zugegangen war. Stellte zwar auch diese Depesche zunächst nur „den Gedanken einer gemeinsamen (d. h. einer mit der Auffassung des russischen und des englischen Hofes übereinstimmenden preußischen) Vermittlung in den Vorder-

Zeitung" (am 11. und am 18. Juli) gegen die Annahme, es gehöre etwa ein nachdrückliches Auftreten für Aufrechthaltung „einzelner Be-

---

grund", so hätte sie doch bei rechtzeitiger Mittheilung wegen ihrer für die angestrebte Vermittlung präcisirten „Umrisse" dem bundesbefreundeten Kaiserhof wenigstens noch einige Hoffnung auf die Möglichkeit belassen können, Preußen werde nach voraussichtlicher Scheiterung seines Vermittelungsprojectes durch selbstständiges Weitergehen Achtung für die in der Depesche ausgedrückte Ansicht beanspruchen, „daß Europa und Deutschland insbesondere nicht gleichgültig der Schwächung einer Macht zusehen können, welche uns durch ihre geographische Lage und ihre eigenthümliche Gestaltung stets als ein wesentliches Element und natürlicher Bürge des allgemeinen Gleichgewichts erschienen ist." — Und noch bezeichnender bleibt, daß (wie aus der eben so würdevollen als überzeugenden Depesche des Grafen Rechberg, datirt „Verona, den 22. Juni", unzweifelhaft hervorgeht) der preußische Gesandte am Wiener Hof, Frh. von Werther, selbst nach der preußischen Mobilmachung noch die Instruction hatte, jede schriftliche Kundgebung der Absichten des Berliner Cabinets zu vermeiden, und das Frh. von Werther bei Herrn von Schleinitz nicht einmal einen Urlaub zu dem Zwecke erhalten konnte, auf Wunsch des Grafen Rechberg die in Wien diesem mündlich vorgetragenen Auseinandersetzungen auch zu Verona in Gegenwart des Kaisers nochmal mündlich zu wiederholen und hierdurch der Möglichkeit von Mißverständnissen oder Irrungen vorzubeugen. Doch wir legen hier eben so wenig ein besonderes Gewicht auf diese gegen Herrn von Schleinitz zeugenden Zwischenfälle, als wir den Depeschen des Herrn von Schleinitz, die aus den Junitagen stammen, eine entscheidende Bedeutung für Herrn von Schleinitz zugestehen: denn in Anbetracht des Actenstückes vom 11. Juli können die in den Juni zurück datirenden Kleinlichkeiten und offiziellen Erlasse das Schlußurtheil über die Schleinitz'sche Politik weder zu deren Nachtheil noch zu deren Gunsten wesentlich modificiren. Wir fußen also hier auch einzig und allein auf den Hauptmoment, nämlich auf die Oben im Text besprochene Depesche des Herrn v. Schleinitz vom 11. Juli und auf die mit derselben unmittelbar verflochtenen Ereignisse. Dies allein genügt, um die in den kaiserlich österreichischen Manifesten enthaltene Angabe, daß sich die „gegründete Hoffnung" auf Oesterreichs „ältesten und natürlichsten Bundesgenossen" nicht bewährt habe und daß Oesterreich auch den „kommenden Ereignissen vereinzelt" hätte „entgegen gehen müssen", mehr als nur zu rechtfertigen;

stimmungen" der Verträge von 1815 unter die Zahl preußischer Pflichten. Auch gab jenes officiöse Blatt durch sein Appelliren an „die deutsche Nation" wahrscheinlich das Signal zu den bald nachher auftauchenden Agitationen, wie solche zur Zeit in Gestalt einer hannöver'schen Erklärung, der Eisenacher Beschlüsse und anderer Propositionen den Rundlauf in der deutschen Journalistik angetreten haben.*)

Dem Wiener Cabinet war, ehe der Friede von Villafranca zum Abschluß kam, die Stellung vollkommen klar geworden, welche Preußen gegenüber den Bundesstaaten einzunehmen gedachte und welche es denn auch am 11. Juli durch die eben citirte Depesche wirklich und vielleicht zur selben

---

zu ihrer Aufrechthaltung hat das Wiener Cabinet nicht nöthig, irgend ein Gewicht auf die jetzt vielfach angezogenen „sieben Mediationspunkte der neutralen Mächte" zu legen. Gleichwohl lassen wir, nicht als Anklage, sondern als Vervollständigung des Materials, nebenbei auch diese sieben Punkte hier wörtlich folgen. Sie lauten im Original: „1) L'Italie rendue à elle-même. 2) Fédération de tous les états de l'Italie sans aucune exception. 3) Agrandissement de la Sardaigne (mentionnés la Lombardie et les Duchés) 4) Creation d'un état indépendant comprenant le Vénetien et Modème sous un Archiduc. 5) La Toscane à la Duchesse de Parme. 6) Vice-royauté laïque dans les Legations. 7) Un congrés pour réorganiser l'Italie d'après les bases sur-dites et en tenant compte des droits acquis aux voeux des populations." Diese Mediation ist, laut den uns erreichbar gewordenen Aufschlüssen, nicht in den Depeschen-Wechsel übergegangen, sondern existirt in vertraulicher Brief-Form.

*) Es ist daher, falls man auch in Berlin die Tactlosigkeit jener journalistischen Appellation jetzt fühlt, wohl zu erwarten, daß nächstens in den Spalten der „Preußischen Zeitung" eine offizielle Erklärung erscheine, durch welche die irrthümliche Voraussetzung eines Theiles vom Publikum, als seien jene Agitationen im preußischen Cabinet gutgeheißen oder mindestens nicht ungern gesehen, eine bündige Berichtigung findet.

Stunde einnahm, die in Villafranca die Friedenspräliminarien reifen sah. Was sollte aber Oesterreich thun, nachdem gegen die Gewißheit, das Schleinitz'sche Ministerium werde in solch' gefahrvollem Moment sich den vertragsmäßigen Pflichten gegen Deutschland Kraft eigener „Selbstbestimmung" entbinden, kein Zweifel mehr aufkommen konnte? Dennoch in Villafranca den französischen Friedensantrag ablehnen, hieß jetzt nichts Geringeres als: Deutschland nicht nur in einen Krieg mit Frankreich verwickeln, sondern dasselbe gleichzeitig auch in den Abgrund einer unabsehbaren, innern Verwirrung, vor welchen es durch die preußische Position bereits gedrängt war, vollends hinabstürzen. Entweder die Lombardei opfern, oder Deutschland den Schrecken einer französischen Invasion und gleichzeitig der Lahmlegung einer einheimischen Sonderpolitik preisgeben — das war jetzt für Oesterreich die Alternative geworden. Wo es zwischen dem Verlust einer einzelnen Provinz und dem Wohl von Gesammtdeutschland zu wählen hatte, konnte ihm aber die Wahl nicht länger zweifelhaft sein. Sie war so rasch, als entschieden: Oesterreich überließ seinem Gegner Lombardien, und rettete dadurch das gemeinsame deutsche Vaterland, indem es ihm Frist gewann, sich selbst über die Situation klar zu werden, die innere Erstarkung nach Maßgabe der eben gemachten Erfahrungen zu sichern, und sich endlich die Erkenntniß anzueignen, wo in Zeiten der Gefahr seine Freunde und wo seine Feinde auf der Hochwarte stehen.

Herr von Schleinitz hat seit dem Tage, von Villa-

franca und seit dem Friedensmanifeste des Kaisers Franz Joseph sich vielfach angestrengt, seine eigene Politik vor der öffentlichen Meinung Deutschlands zu rechtfertigen. Er hat sogar, falls wir die in preußischen und in nichtpreußischen Blättern mit großer Emphase verbreitete Behauptung wirklich glauben müssen, daß die oben bereits erwähnte Broschüre „Preußen und der Friede von Villafranca" offiziösen Ursprungs sei und ein Mitglied des Preßbüreau zum Verfasser habe — er hat sogar dann es nicht unvereinbar mit seiner Ehre und mit den Pflichten seiner Stellung gefunden, durch seine offiziöse Publicistik gegen das erlauchte Staatsoberhaupt von Oesterreich Majestätsbeleidigungen*) schleudern zu lassen, weil Kaiser Franz Joseph, trotz des Herrn von Schleinitz, seiner Collegen und seiner Presse, sich nicht abhalten ließ, den Völkern Deutschlands das wahre Motiv zum Friedensschlusse von Villafranca offen anzudeuten. Andre Berliner Federn haben das „Geheimniß" der sieben Mediationspunkte zu einer, wie es scheint, willkommenen Unterlage erwählt, um die öffentliche Aufmerksamkeit vom Kernpunkt der Frage abzuleiten. Was Herr von Schleinitz selbst uns über seine Beziehung zu jenen sieben Punkten versichert, muß geglaubt werden und wurde auch gläubig hingenommen; dagegen mag, was die specifische Preußen-Presse Weiteres daran knüpft, hier ignorirt bleiben. Hält jene Presse selbst das preußische Ministerium in dieser Hinsicht noch nicht für hinlänglich gerechtfertigt, so möge sie Herrn von Schleinitz auf-

---

*) Wir verweisen in dieser Hinsicht auf Seite 27 der betreffenden Schrift, welche Zeugniß dafür ablegt, wie tief Preußens offiziöse Presse herunter sank.

fordern, eine Depesche dahin zu adressiren, wo die fraglichen Documente vorhanden sind und wo man zuverlässig auch über deren Genesis Aufschluß geben kann — nämlich nach Paris! Wir finden zu solcher Aufforderung keinen Anlaß. Wie uns scheint und wie wir bewiesen zu haben glauben, bildet das jüngste Mediationsproject in der verhängnißvollen Katastrophe einen sehr untergeordneten Moment. Deutschland als solches fragt wenig darnach, wie Herr von Schleinitz seine Anschauung über die „Regelung" Italiens ausgedrückt oder auch nicht ausgedrückt haben mag! Sondern es frägt, wie Herr von Schleinitz als preußischer Staatsminister in Zeiten der Gefahr für Gesammtdeutschland den Beruf Preußens verstehe und in Anwendung bringe? Es frägt, von welchen Opfern für Gesammtdeutschland Herr von Schleinitz als preußischer Staatsminister in Zeiten der Gefahr Hülfeleistungen, zu welchen Preußen durch feierliche Verträge sich verpflichtet hat, abhängig macht? Er frägt, welche Stellung*) und welche Sicherheit Herr von Schleinitz durch die von ihm prätendirte

*) Der „Frankfurter Handelszeitung" schrieb Anfang Juli ein in Paris lebender Deutscher: „Deutschland spielt wieder eine niederträchtige Rolle. Durch Mobilisiren, Pferderequisitionen, große breitmäulige Phrasen die Welt zu beunruhigen und dann keinen Funken Energie und Muth an den Tag legen! Wir Deutschen werden hier ausgelacht. Die Franzosen geniren sich gar nicht; sie sagen ganz offen: les Prussiens sont des lâches; ich habe es mit eigenen Ohren auf dem Boulevard gehört" u. s. w. — Gleichzeitig rief höhnend die officiöse „Patrie" aus: Le Mincio est franchi, et la Prusse a gardé le silence. Ses propositions sont tombées dans le Mincio. — Und ein anderes Blatt schrieb: L'Alemagne a exprimé de toutes les façons ses sympathies pour l'Autriche, et puis — voila que tout cela n'aboutit a rien! — Dies beispielsweise. Mit den Verhöhnungen, denen Deuschland preis gegeben wurde, ließen sich jetzt schon ganze Bände ausfüllen.

Initiative und „Führerschaft“ der deutschen Nation gegenüber den Nachbarvölkern errungen hat? Es frägt endlich, welche Anschauung über Bundespflichten Herr von Schleinitz bei öffentlichen Gefahren überhaupt als maßgebend erachtet? Niemand, der mit offnem Blick die Ereignisse überschaute, wird sich diese Fragen unbeantwortet gelassen haben. Möge auch die preußische Presse zur Einsicht kommen, daß sie durch die Vertheidigungen der Schleinitz'schen Politik und durch die Schmähungen gegen Oesterreich in der öffentlichen Meinung Deutschlands nicht ihren Schützling heben kann, sondern daß sie hierdurch vielmehr die Mißgriffe, in denen mancher gern bloß den Irrthum eines einzelnen Ministers bedauern möchte, als unheilbare Gebrechen eines ganzen Systems erscheinen läßt! Jenes wäre leicht zu vergeben und zu vergessen; dieses aber bleibt in der Erinnerung haften und trägt sich von den Personen auf den Staat über.

Im Vergleich zum preußischen Fehlgriffe war die offizielle österreichische Erklärung mild und schonte in hohem Grade den irrenden Bruder. Das erkennt jeder deutsche Patriot; wem es in Preußen unverständlich blieb, der stellt durch sein Geifern nur sich selbst das Zeugniß der Unverbesserlichkeit aus; denn nach unläugbarer Verirrung heißt stets und in allen Fällen die erste Bedingung zur Wiedererlangung des Vertrauens: Selbsterkenntniß, Erkenntniß der selbstverschuldeten Mißgriffe!

Gern würden wir hier mit dem Zurufe schließen: „Und nun werde das Vergangene vergessen und vergeben; man reiche sich die Hände und sichere mit vereinter Kraft Deutschlands Zukunft!“ Doch das wäre eine Phrase, so gut wie der

neuliche offiziöse Zuruf aus Berlin: „Deutschland ist ohnmächtig ohne Preußen“, und „Oesterreich will durch seinen Kampf für das Metternich'sche System Preußen und Deutschland zu seiner Pertinenz machen“ auch nur hohle Phrase war; denn als bloße Phrase muß in der Politik all Das erklärt werden, was entweder nicht in die Praxis einführbar, oder was sachlich unwahr ist. Seit vierzig Jahren endete man bei uns jede Krisis mit dem Refrain: „Vergebung und Freundschaft!“ Und bei jeder nachfolgenden Gelegenheit traten dennoch immer wieder neu die alten Sondergelüste hervor, begann der sprichwörtliche Leibschaden Deutschlands wieder neu zu eitern. Das Vaterland ist dessen endlich übersatt; es verlangt eine radicale Heilung, und hat ein Recht, gerade jetzt sie zu verlangen. Wir dürfen hier diesem allgemeinen Wunsch Worte leihen, denn wir sprechen nicht für die Interessen irgend eines Cabinets, sondern von unabhängigem Standpunkte aus und für das Wohl von Gesammtdeutschland. Auch wissen wir, daß die große Zahl echt deutscher Biedermänner unsere Ansicht theilt, daß ihnen Nichts widerlicher ist, als jene Entstellung von Verhältnissen und von Thatsachen, mit welcher eine bekannte Partei von jeher systematisch die gedankenlose Menge für ein unheilvolles Ziel zu bearbeiten bemüht war.

Was wir in den jüngsten sechs Monaten erlebten, das konnte man, wenn auch nur bei Anlässen von weniger einschneidendem Gewichte, schon in Dutzenden vorangegangener Fälle beobachten: Immer die Unterdrückung deutscher Kraft von einer Seite her, die nach vollbrachtem Streiche in der Presse die Schuld von sich ab und auf einen Unschuldigen wälzt! Jene Partei hat sich zur Täuschung der Menge eine Zahl von Stichwörtern

gebildet, welche durch ihren wiederholten Gebrauch bereits auch in gewissen Schichten sich einiges Ansehen errungen haben, obwohl die Menge entweder gar keinen oder einen ganz irrthümlichen Begriff mit denselben verbündet. Solche Stichwörter sind z. B.: „Tag von Olmütz", „Schleswig-Holstein", „Bundesreform"! — Was aber, so fragen wir, ging dem Tage von Olmütz voran? Parteibestrebungen, ganz ähnlich denjenigen, die wir in den vorliegenden Blättern charakterisirt haben: die preußischen Minister kehrten von einem sonderpolitischen Plane am „Tag von Olmütz" zur vertragsmäßigen Pflicht zurück. — Wer ließ 1848 und 1849 die Sache Schleswig-Holsteins auf halbem Wege liegen und ging nach thatenlosem Feldzug gegen Dänemark einen Waffenstillstand mit den Dänen ein? Wieder Preußen, weil es im Fall einer Fortsetzung des Krieges die „preußische Marine bedroht" glaubte. — Wer beglückte uns in der Restaurationsperiode mit dem „Bundestag" in seiner alten Form? Abermal Preußen, welches zwar auf den Dresdener Conferenzen anfänglich den von Oesterreich und den Mittelstaaten gutgeheißenen Reformen Beifall zollte, später sich aber dem Protest der „kleinen Staaten" accommodirte und mit dem Votum, einfach wieder die alte Bundes-Acte zu restituiren, bekanntlich den Ausschlag gab. — Und auch zur Illustration der Geschichte des letztverflossenen halben Jahres wurde soeben von Berlin aus das officiöse Stichwort*) ertheilt; es lautet: „Rettung Deutschland's durch Preußen vor

---

*) Durch die schon genannte Brochüre: „Preußen und der Friede von Villafranca."

dem Metternich'schen System." Aber Deutschland begriff endlich den Sinn solcher Redensarten; es ließ sich durch das heraufbeschworene Schattenbild eines Todten nicht länger einschüchtern und fand die Antwort: „Rettung Deutschland's vor dem Wahn derjenigen Partei, welche in Zeiten äußerer Gefahr herkömmlich die deutsche Eintracht durch preußische Incorporationsgelüste vergiftet!" Jedem, der aus einer Reihe erwiesener Thatsachen die gehörigen Schlüsse auf vorhandene Absichten ziehen kann, muß es längst vollständig klar geworden sein, daß jene Partei jede gesunde nationale Regsamkeit zu dem Zweck hemmte, um für die Behauptung zu propagandiren, die Bundesacte sei einer zeitgemäßen Weiterentwicklung nicht fähig und nur unter einer preußischen Dictatur könne Deutschland frei und stark werden. Es wird jener Partei jedoch nie gelingen, eine solche Behauptung populär zu machen. Sie steht im Widerspruche mit den derzeitigen Bedürfnissen der deutschen Nation, die nicht in einem strengen Einheitsstaat Befriedigung erwarten dürften.*) Daher hat sie nicht nur das gesunde Gefühl des deutschen Volkes, sondern ebensosehr

*) Dr. Percz sagt in seiner Schrift „Deutschland am Wendepunkt seiner Geschicke" unter Anderm: „Wir setzen unsere Hoffnungen überhaupt weniger auf theoretische Verfassungen als auf das stetig sich kräftiger entfaltende Gefühl der Zusammengehörigkeit in Sitte, Charakter, Denkart und Interessen. Vor der Einheitsform bedürfen wir der erblichen Einigkeit; fehlt diese, so kann eine errungene Form nur Widerwillen und Schwäche erregen. Wir müssen uns daher über gewisse allgemeine große Principien verständigen, die durch kein particularistisches Interesse beeinträchtigt werden dürfen. Wir müssen lernen Protestanten und Katholiken zu sein, und doch Deutsche zu bleiben; wir müssen es dahin bringen, Oesterreicher oder Preußen oder Bayern zu sein, dabei aber genau

oder vielleicht noch mehr die Ueberzeugung der gebildetsten und am weitesten vorangeschrittenen Stände zu ihren Gegnern.

Preußen ist, wie seine Geschichte lehrt, „der stärkste jener spaltenden Keile", welche unser Verhängniß in's Reich hinein getrieben hat — „sein Entstehen als europäische Macht also war von Hause aus die Verneinung des deutschen Kaiserthums, die Nebenbuhlerschaft mit Oesterreich."*) Was es wurde, das dankt es der Macht des confessionellen Zwiespaltes. So lange der Katholicismus und der Protestantismus sich in schroffer Befehdung gegenüber standen, war der politische Dualismus, so nachtheilig er auch sonst wirkte, eine in den Verhältnissen begründete Nothwendigkeit. Diese Verhältnisse aber weichen allmälig mehr und mehr den Einwirkungen eines mildern, erleuchtetern Geistes, und stehen jetzt schon auf dem Punkte, ganz zu verschwinden. Hierdurch entziehen sich nothwendig auch dem preußischen Staate mehr und mehr die äußern Gelegenheiten zum territorialen Wachsthum und zur Machterweiterung innerhalb der deutschen Bundesgrenzen. Sobald die Politik im staatlichen Leben keine confessionellen Gegensätze mehr kennt, können auch die deutschen Völkerschaften im dynastischen Dualismus nicht mehr eine für ihr religiöses Bekenntniß un-

---

zu wissen, bei welchem Punkt das deutsche Vaterland seine gemeinsamen Oberrechte geltend zu machen hat. Die Form der Einheit wird sich dann von selber zur rechten Stunde finden. Vorher aber könnte eine Einheit nur durch Zwang, durch Eroberung hergestellt werden. Und die ungeheure Verantwortlichkeit eines solchen Schrittes wird Niemand auf sich laden wollen."

*) Aus „Preußen und Oesterreich", (Frankfurt bei F. L. Auffahrt).

entbehrliche Nothwendigkeit, sondern nur noch ein nationales Unglück sehen. Schon jetzt schwebt dem schlichten Volkssinn in dunkler Ahnung ein Band der nationalen Einigung vor, welches über der confessionellen Parteiung geflochten, ohne Sonderziele nach Innen die Rechte Aller wahre und nach Außen sich als ein die Gesammtheit umfassendes Ganzes mit unzertheilbarer Gliederung repräsentire. Der „specifisch-protestantische" Beruf Preußens hatte sonach mehr Berechtigung in der Vergangenheit, als er in der Zukunft finden kann: Entweder wird er sich den Ideen accommodiren müssen, welche, schon ehe die deutsche Geschichte ein Preußen kannte, verhüllt in der christlichen Weltanschauung lagen und jetzt im Sonnenstrahle der vorschreitenden Zeit ihrer Entfaltung entgegen eilen; oder es wird von jenen Ideen überflügelt werden und in Unbedeutenheit versinken. Der germanische Weltberuf läßt sich durch Parteimanöver nicht aufhalten, und wenn auch eine Legion Geheimräthe in Form von Beiträgen „zur neuesten deutschen Geschichte" auf denselben Pasquille dichten sollte. Möge man dies in Preußen wohl erwägen, ehe ein bereits in Aussicht stehendes Ereigniß, für Deutschland erfreulicher und für die Sonderpolitik tödtlicher als ein zweiter Friede von Villafranca, das hoffende Vaterland über die Künste der jüngsten Vergangenheit vollends aufklärt! Möge man dort nicht abermal von einer „Ueberraschung" sprechen müssen, ehe man Deutschland wieder versöhnt, d. h. ihm die verlorene Gewißheit zurückgegeben hat, Preußen werde in Zeiten der Gefahr den deutschen Standpunkt künftig nicht mehr seiner specifischen Sonderrichtung unterordnen! Eine Bundesreform, durch welche der deutschen Nation dies Letztere errungen werden soll,

erscheint auch uns als unaufschiebbar; und erst, wenn sie vollzogen sein wird, können wir mit Ueberzeugung dem Ruf der stets „Friedfertigen“ beistimmen: „Verzeihen und Vergessen!“ Will Preußen einer solchen*) Reform sich nicht anschließen, so mag es sich durch Erfahrung überzeugen, daß es nur „mit Deutschland stark“ sein und den Rang einer Großmacht einnehmen kann. So traurig auch für uns sein Ausschei-

*) Kurz und bündig bezeichnete der Herzog von Sachsen-Meiningen die Richtung der wünschenswerthen Bundes-Reform in seiner Antwort auf eine Eingabe von zwei und achtzig Einwohnern der Stadt Pösneck, worin die Ueberweisung der Oberleitung des deutschen Bundesheeres und Vertretung Deutschlands nach außen an Preußen sowie desfallsige Unterhandlungen mit diesem Staate verlangt worden waren. Die Antwort lautet: „Je mehr man davon überzeugt ist, daß die letzten politischen Ereignisse Gefahren für Deutschlands Zukunft in sich schließen, um so sorgfältiger hat man zu prüfen, worin dies seinen Grund hat, um nicht in den Mitteln und Wegen zur Abwehr der Gefahren fehl zu greifen. Während die Unterzeichner der Eingabe die Verfassung des deutschen Bundes für den Zwiespalt in Deutschland verantwortlich machen wollen, muß vielmehr eine unbefangene Erwägung zugeben, daß von einer Seite nur der Augenblick nicht für gekommen erachtet ward, den einschlagenden Bestimmungen der Verfassung, die sonst ausreicht, oder wenigstens leicht die für die Anwendung nöthigen Modificationen erlangt haben würde, Folge zu geben. Wer da erwartet, daß eine freie Vereinbarung der mittleren und kleinen deutschen Staaten mit einer der beiden deutschen Großmächte, die andere bei Seite schiebend, ein einiges und starkes Deutschland schaffen könne, der scheint den wahren Grund der traurigen Zerrüttungen einer kaum vergangenen Zeit vergessen zu haben, oder zu verkennen, daß eben dies damals die unheilvollste Verirrung war, daß man verläugnen zu können meinte, daß auch in den Adern der Bewohner der zum deutschen Bunde gehörenden Lande des österreichischen Kaiserreichs deutsches Blut fließe und darauf hin ein Gebäude aufführen wollte, an welchem nicht nur Oesterreich, sondern auch andere Theile von Deutschland, deren Interessen

den wäre, hielten wir es doch für weniger gefährlich, schon jetzt unsern Verlust zu kennen, als erst im Moment neuausbrechender Stürme. Doch hoffen wir noch auf Verständigung und Einigung, denn Preußen wird in seinem eigenen Interesse sich nicht in ein Wagniß stürzen, durch welches es zunächst und vor Allen sich selbst vernichten würde.

---

mehr zu Oesterreich als zu Preußen hinneigen, sich nicht betheiligen konnten. Wie würde nicht im Jahre 1850 ein Krieg von außen uns im Zustand der Zerrissenheit und dadurch schwach gefunden haben! Und hätten sich denn die Ereignisse des gegenwärtigen Jahres günstiger gestaltet, wenn statt der Bundesverfassung die von den Unterzeichnern der Eingabe empfohlene Vereinbarung in Wirksamkeit gewesen wäre? Heute ist das Wohl des Vaterlandes wahrlich in Anderem zu suchen, als in der Wiederholung von Experimenten, welche die Erfahrung schon gerichtet hat. — Gewiß dürfen wir aber ebenso wenig der Zukunft müssig entgegensehen. Mit aller Kraft und Selbstverleugnung haben die deutschen Fürsten, auf dem Boden der Bundesverfassung beharrend, dahin zu streben, erkannten Mängeln dieser Verfassung abzuhelfen und zweckmäßige Anwendung derselben zu erleichtern. Dazu wird es ihnen aber auch weder am Willen, noch, im Verein mit der loyalen Gesinnung ihrer Unterthanen, am Vermögen fehlen. Nur das so geeinte Deutschland wird mit Ruhe auf Gefahren hinblicken können, die es von außen her bedrohen möchten, und innerhalb seiner Grenzen werden Gewissensfreiheit und die Staatseinrichtungen der protestantischen Lande stets eine sichere Stätte behalten. — Altenstein, den 30. Juli 1859."

Druck von Gustav Bär in Leipzig.

In demselben Verlage ist erschienen:

Haubold, Max., Die böse Noth der schweren Zeit. Ideen über die fortwährend erneuten Krisen der Gegenwart, deren wahre Ursachen und endliche Fernhaltung. 10 Sgr.

* * *. **Der Kampf gegen den Bonapartismus jetzt und vor funfzig Jahren.** Mit Rücksicht auf die Warnungen Friedrichs von Gentz. 6 Sgr.

Preußen im Sommer 1859. Von einem Preußen. 6 Sgr.

Durch Krieg zum Frieden! Ein Mahnruf in der zwölften Stunde von einem nicht Unbekannten. 6 Sgr.

Vorwärts! Ein Votum aus und für Sachsen. 2. Aufl. 6 Sgr.

Der deutsche Patriotismus vor dem Richterstuhle des franz. Moniteur. 2. Aufl. 6 Sgr.

Frisch auf mein Volk, die Flammenzeichen rauchen! Schutz- und Trutzlieder für 1859. Deutschlands Söhnen gewidmet von H. K. 3 Sgr.

Berlepsch, Concordanz der deutschen Nationalliteratur. 113 Bogen. 4. Wohlfeile Ausgabe. 1 Thlr. 10 Sgr.

Druck von Gustav Bär in Leipzig.

Preußens Machtentfaltung und der Friede eine Denkschrift für das deutsche Volk

Leipzig 1859